

# Ginst & Heute

Beiträge aus dem Kreisgeschichts-Verein Calw e.V.

Gouvernement Militaire du Wurtemberg  
Dét. du Cercle de Calw

No. 16422

## LAISSEZ-PASSER

Le nommé S e e g e r, Paul né le 31.10.29 à Magold  
demeurant à C a l w No. de la carte d'identité 3598  
Profession Ecolier est autorisé à se rendre  
à Stuttgart zone américaine et retour  
Objet: Vacances d'été  
Valable jusqu'au 28. Septembre 1946 P. C. le 9.8.1946

autorisé à voyager  
en chemin de fer.

 **Le Commandant du Détachement de Gouvernement  
Militaire du Cercle de Calw**  
P. O.  
**Le Commissaire Principal de la Sûreté du Cercle de Calw**

*Harine*

10. 10. 1946 711 46



# **Ginst & Heute**

**Der Kreis Calw  
in der Besatzungszeit 1945 - 1949**

Herausgeber:  
Kreisgeschichts-Verein Calw e.V.

Redaktion:  
Hermann Scheurer

# Der Kreis Calw in der Besatzungszeit 1945 - 1949

## Inhalt

	Seite
Horst Roller - Stammheim <b>Vorwort</b>	..... 4
Hermann Scheurer - Nagold <b>Einleitung</b>	..... 6
<b>Rede von Kommandant Frénot vor den Bürgermeistern des Kreises Calw am 27.8.1945 : An die Bevölkerung des Kreises Calw.</b>	..... 7
<b>Erste öffentliche Verlautbarung des Calwer Landrats Dr. Hägele nach dem Krieg vom 18.6. 1945</b>	..... 10
<b>Schreiben von Landrat Wagner an die Bürgermeister des Kreises vom 21.12. 1945</b>	..... 12
<b>Letzter Tätigkeitsbericht von Landrat Wagner vom 30.10.1947</b>	..... 14
Hans Schabert - Neuweiler <b>Berichte aus Neuweiler</b>	..... 15
Fritz Roller - Gechingen <b>Die Nachkriegszeit 1945 - 1949 in Gechingen</b>	..... 18
Horst Roller - Stammheim <b>Stammheim nach der Zerstörung</b>	..... 22
Fritz Barth - Bad Wildbad-Calmbach <b>Entnazifizierung</b>	..... 29
Hermann Scheurer - Nagold <b>Die Justiz in der Besatzungszeit</b>	..... 32
Kurt Neuweiler - Höfen <b>Schultes en Höfe - enere schwere Zeit</b>	..... 37
Renate Ritter - Stammheim <b>Die Nachkriegszeit mit den Augen eines Kindes gesehen</b>	..... 43
Hans Geiler - Neuenbürg - Dennach <b>Inhaltsverzeichnis für alle bisherigen Ausgaben von 1990 - 2000, Heft Nr.1-11 nach Themen und Orten geordnet</b>	..... 46

## Vorwort

Das 11. Heft unserer Veröffentlichung „Einst & Heute“ für das Jahr 2000 geht nun hinaus an die Fördermitglieder und Einzelmitglieder. Wieder haben Mitarbeiter Beiträge aus Archiven und Zeitzeugenberichten mit Fleiß und Gründlichkeit zusammengestellt. Unser Redakteur Hermann Scheurer, Nagold, hat viel Zeit aufgewendet, um die Aufsätze zu redigieren. Ihm gebührt unser Dank, darüber hinaus auch Hans Geiler, Dennach, für die Druckvorbereitung am Rechner. Besonders danken wir der Kreissparkasse Calw, die uns wieder den Druck der Hefte ermöglichte.

Viele Heimatforscher im Kreis Calw haben im Jahr 1995 Bücher über die Kriegszeit und das Kriegsende, teilweise auch über die Nachkriegsjahre, veröffentlicht. Das Thema des vorliegenden Heftes „Der Kreis Calw in der Besatzungszeit 1945 - 1949“ ist eine wichtige Fortsetzung. Das waren schwierige Jahre. Die Ablieferungen an die Besatzungsmacht, die fehlenden Arbeitskräfte und die zerstörte Infrastruktur verschlechterten die Versorgungslage zusehends. Dazu kam im Jahr 1948 die seit Jahrzehnten schlechteste

Ernte. Erst nach der Währungsreform 1948 normalisierten sich die Verhältnisse allmählich.

Abhandlungen aus verschiedenen Orten im Kreis Calw geben einen Überblick, können aber nicht alles umfassend darstellen. Das Thema „Heimatvertriebene“ bedarf noch einer besonderen Untersuchung.

Dieses Heft mag auch der jüngeren Generation, die die Nachkriegszeit nicht erleben mußte, einen wichtigen Einblick in die Zeit vor dem Wirtschaftswunder geben.

Als Besonderheit enthält dieses Heft am Schluß eine Inhaltsübersicht über die Hefte Nr. 1 bis 11.

Calw, im Frühjahr 2000

Horst Roller

Vorsitzender des  
Kreis-Geschichtsvereins Calw

Das Titelbild zeigt einen Passierschein:

*Passierschein. Der Genannte Seeger, Paul - geb. 31.10.29 in Nagold - wohnhaft in Calw - Nr. des Personalausweises 3598 - Beruf: Schüler - ist berechtigt sich nach Stuttgart, amerikanische Zone, und zurück zu begeben - Grund: Sommerferien - Gültig bis 28. Sept. 1946 - Ausgestellt: 9.8.1946 - Berechtigt mit der Eisenbahn zu reisen - Der Kommandant ...*

## Einleitung

Nach Kriegsende 1945 hörte die deutsche Staatlichkeit auf. Deshalb waren die Kreise, wie übrigens auch die Gemeinden in den ersten Wochen, völlig auf sich selbst gestellt und bildeten, wenn man so will, winzige staatliche Gebilde natürlich unter der strengen Kontrolle der Besatzungstruppen. Die deutsche Verwaltung bestand anfangs weiter, wurde aber nach einiger Zeit durch Leute ersetzt, die von der Militärregierung berufen wurden.

Die folgenden Beiträge zeigen exemplarisch, wie sich die Verhältnisse während der Besatzungszeit darstellten. An der Spitze des Kreises stand der Gouverneur, im Kreis Calw anfangs Kommandant Boulanger, seit Juni 1945 bis November 1947 Kommandant Frénot. Von ihm stammt der erste Beitrag, seine erste Rede vor den Bürgermeistern des Kreises gleich nach seinem Amtsantritt. Sie zeigt, wie sich die Lage aus der Sicht der Besatzungsmacht darstellte.

Im zweiten Beitrag wird die Situation aus dem Blickwinkel der deutschen Kreisverwaltung gezeigt. Hier kommen die fast hoffnungslose Lage und die völlige Abhängigkeit von der Besatzungsmacht deutlich zum Ausdruck.

Zwei weitere Berichte der deutschen Verwaltung vom Dezember 1945 und vom 30. Oktober 1947 zeigen die Schwierigkeiten recht deutlich auf.

Anschließend kommen die Probleme der Gemeinden zur Sprache. Im Schwarzwald - hier ist Neuweiler mit seinen heutigen Teilgemeinden das Beispiel - verursachten die massiven Holzeinschläge die größte Besorgnis, während in den Orten östlich der Nagold vor allem die hohen Ablieferungsquoten für landwirtschaftliche Produkte eine schwere Last darstellten. Ein Sonderfall ist Stammheim, das am Kriegsende zu einem erheblichen Teil zerstört wurde und wo der Wiederaufbau am meisten zu schaffen machte.

Ferner werden zwei spezielle Probleme der Besatzungszeit behandelt: die Entnazifizierung und die Militärgerichtsbarkeit. Schließlich kommen noch die Menschen mit ihren Alltagsproblemen, die ja die Hauptlast dieser schweren Zeit zu tragen hatten, zu Wort.

Hermann Scheurer

# 1. Rede von Kommandant Frénot an die Bürgermeister des Kreises am 27.08.1945

aus dem Stadtarchiv Nagold

In einer vom Landrat des Kreises einberufenen Bürgermeisterversammlung hielt der neue Gouverneur, Herr Kommandant Frénot, anlässlich seines Amtsantrittes im großen Ratssaal in Calw eine Einführungsrede, in welcher er Grundsätzliches zur gegenwärtigen Lage sagte und Weisungen auf einzelnen Sachgebieten erteilte.

Wir sind, so begann der Gouverneur, nicht hierhergekommen, um Vergeltung zu üben oder Sie zu unterdrücken; aber wir haben die Aufgabe, was an das alte System erinnert, verschwinden zu lassen und Sie für jenes demokratische Land vorzubereiten, das nach den Beschlüssen der Friedenskonferenz aus Deutschland werden soll. Wenn Sie uns hierbei unterstützen und mit uns arbeiten, brauchen wir keine Gendarmen und kein Gefängnis! Als früherer Chef der französischen Sicherheitspolizei im Lande Baden besitze ich bei politischen Beurteilungen die nötige Erfahrung, um zu wissen, daß es Parteigenossen schon vor 1933 gibt, die weniger gefährlich sind als solche von 1944 oder als manche Nichtparteilichen. Natürlich bleiben dessen ungeachtet die Vorschriften der Alliierten Militärbehörden maßgebend.

Deutschland, so fuhr der Gouverneur fort, kenne ich sehr gut; ich bin in meiner Jugend in Österreich erzogen worden, habe in Heidelberg studiert, war 16 Monate lang Kriegsgefangener und bin korrekt behandelt worden. In Frankreich war ich dann der Gefangene Ihrer Gestapo und weiß daher auch, was das bedeutet. Ich habe hundertmal von Deutschen gehört: „Wir haben davon nichts gewußt, wir können nichts dafür.“ Das verstehe ich, die Welt versteht es nicht. Aber seit wir hier sind, sind wir alle zu der Erkenntnis gekommen, daß wir Sie nicht verantwortlich machen können, Sie aber trotzdem Ihren Teil an dieser Schuld tragen müssen.

Kommandant Frénot ermahnte die Bürgermeister wiederholt, sehr diszipliniert zu sein und

sich streng an die ihnen gegebenen Weisungen zu halten. Im Fall von Übergriffen - bei einer Armee im Vormarsch, wie bei einer Besatzungsarmee werde es immer solche geben - wolle er für Recht und Genugtuung Sorge tragen. Der Winter werde hart sein und müsse in Disziplin und Ordnung überstanden werden. Das Frühjahr bringe dann Erleichterungen, vor allem dürfte dann eine politische Betätigung möglich sein. 1946 sei wahrscheinlich die endgültige Friedenskonferenz. Deutschland bleibe weiterhin ein selbständiges Land und die schwersten Zeiten dürften im März-April vorüber sein, weil Kriegserzeugnisse nicht mehr gebraucht würden und dann ganz Europa verpflegt werden könne.

Größten Wert maß der Gouverneur der Haltung der Jugend zu. Wir wissen, so sagte er, daß Ihre Jugend sehr schlecht beeinflußt worden ist. Wenn, dann werden Überraschungen von dorthin kommen. Ich habe jederzeit Verständnis für Ihre sehr schwere Lage, bin aber unerbittlich, wenn Ruhe und Ordnung gestört werden. Wir nehmen keine Geiseln! Aber vergessen Sie nicht, daß immer die gesamte Gemeinde haftbar ist, auf deren Markung ein Sabotageakt verübt wird. Wir stellen Sie nicht an die Wand, aber die Gemeinde wird schwer zu tragen haben! Der Kreis Calw besitzt einen guten Ruf. Mein Vorgänger, Kommandant Boulanger, hat tadellos gearbeitet und es mir sehr erleichtert. Ich bin vielleicht sehr hart, wenn etwas vorfällt, aber mit meinem Verständnis können Sie immer rechnen.

Zu einzelnen Fragen führte Kommandant Frénot unter anderem aus:

## **Requisitionen und Käufe**

Eine Truppe könne nicht von der Versorgung durch die Intendanz allein leben, sondern sei auf Zuschüsse aus dem Besatzungsgebiet angewiesen.

Die Truppe werde

1. Bons d'achat (Kaufanweisungen) ,  
2. Bons de prestation (Ablieferungsanweisungen) bekommen, erstere mit Bezahlung, letztere ohne Bezahlung. Solche würden jedoch nur in äußerst beschränktem Masse ausgegeben werden. Die Gemeinden dürften bei Beschlagnahmen erklären, die Weisung zu haben, nichts ohne Bons abzugeben.

### **Wohnungsbeschlagnahmen**

Die Ortskommandanten haben das Recht, Wohnräume zu beschlagnehmen; doch müssen Einquartierungen an den Kreiskommandanten gemeldet werden. Es soll, so sagte der Gouverneur, dadurch verhindert werden, daß durch Wegnahme von Wohnraum Leute hart betroffen werden, die dies nicht verdienen. Wir ziehen es vor, daß ein alter Parteigenosse der Leidtragende ist und nicht gerade ein Antifaschist.

Zur Versorgung mit Lebensmitteln führte der Gouverneur unter anderem aus: Sie gehen schweren Zeiten entgegen. Württemberg und Baden müssen in den Monaten August und September Truppen und Zivilbevölkerung der französischen Rheinlandzone mit Fleisch versorgen. Die Bevölkerung in jener Gegend ist vor der Rheinlandbesetzung mit den Herden weggezogen und entweder gar nicht oder ohne Herden zurückgekommen. Folglich müssen Württemberg und Baden unter schweren Opfern Vieh stellen. Die Ziffern sind erschreckend hoch, so daß sogar Milchkühe geschlachtet werden müssen.

Hungersnot ist immer ein Grund zu Unruhen, und wir haben daher das Interesse, daß die Bevölkerung das zum Leben Notwendige erhält. Am schwersten ist der Monat August, weniger schon der September. Ab Oktober kann man bereits wieder Gefrierfleisch anliefern, während jetzt der Transport noch nicht möglich ist. Die Fleischration der Bevölkerung wird daher zunächst außerordentlich gering sein. Der Kreis Calw kann sich nicht ernähren, es müssen daher alle unnötigen Esser weg. Die Russen kommen zur Zeit fort, die anderen Nationen werden noch einige Zeit bleiben. Weg müssen auch die hier nicht arbeitenden Flüchtlinge aus anderen Kreisen und Städten. Jedenfalls: jammern gibt

es nicht! Wir müssen den Winter überstehen und Sie werden ihn überstehen.

### **Reiseausweise**

Mein Gouvernement stellt die Ausweise für jeden Ort in der französischen und amerikanischen Zone von Württemberg aus. Über Württemberg hinaus gibt sie die Militärregierung, die derzeit ihren Sitz noch in Freudenstadt hat, bald aber nach Tübingen geht. Die Bürgermeister werden die Gesuche sammeln und zweimal in der Woche an den Landrat senden, die Stadt Calw täglich. Legen Sie Ihren Leuten jeden Tag nahe, nicht unnütz zu reisen. Verwandte besuchen und so weiter gibt es nicht! Die Straßen und Bahnen müssen für andere Zwecke frei sein und vor allem die Fahrbereitschaft ist nicht dazu da, mit den wenigen Wagen auch noch Leute zu transportieren. Der wichtigste Grund, der anerkannt wird, ist endgültige Heimkehr; solche Leute haben allerdings kein Recht mehr, zurückzukommen und dürfen keine Lebensmittelkarten mehr erhalten. Reisegenehmigung bekommen ferner alle Antragsteller, die für die Militärregierung, die Truppe oder in öffentlichen Diensten reisen.

Innerhalb des Kreises dürfen Sie frei verkehren. Um Ihnen eine Erleichterung zu geben, stellen wir ausnahmsweise auch für die Kreise Pforzheim und Karlsruhe hier die Ausweise aus, da ein sehr starker Verkehr mit diesen Kreisen besteht. Ein Ansuchen für eine Reise ausserhalb Württembergs dauert länger, weil die Anträge mit Kurier nach Freudenstadt gehen und von dort wieder zurückkommen müssen. Das Ausfüllen der Anträge in französischer Sprache wird nicht kategorisch verlangt, ist aber auf alle Fälle besser.

### **Polizei**

Die gesamte Polizei, Gendarmerie und Ortspolizei untersteht dem Landrat. Nur die größeren Städte sollen unter Aufsicht des Bürgermeisters eine Ortspolizei haben. Zunächst ist die Polizei zu uniformieren; die Uniform muß für den ganzen Kreis, womöglich für das ganze Land einheitlich sein und soll nicht an die Uniformen der einstigen Wehrmacht erinnern.



## Die Deportierten

Zum Problem der deportierten Zwangsarbeiter sagte der Gouverneur unter anderem: Ich weiß, daß Sie sehr darunter gelitten haben und kann darauf nur immer die eine Antwort geben: Kein einziger Russe und kein einziger Pole oder Jugoslawe ist freiwillig nach Deutschland gekommen. Ich verlange von den Russen und Polen genau so Disziplin wie von Ihnen. Nicht um Sie zu schützen, sondern als Vertreter der französischen Regierung bin ich es mir schuldig, daß in Ihrem Lande Ruhe und Ordnung herrschen. Wenn Sie von Deportierten angegriffen werden, hat es keinen Sinn, sich zu schlagen. Alarmieren Sie die nächste Truppe und trachten Sie danach, Namen und Lager zu erfahren; die Leute werden sehr schwer bestraft.

Alle anderen Ausländer (nicht Deportierte), die noch im Kreis sind, werden in Lagern zusammengesogen. Ich verlange von den Bürgermeistern, daß bei ihnen stets eine genau geführte Liste der Ortsfremden aufliegt.

## Die Transportfrage

Es herrscht bei Ihnen noch ein großer Egoismus. Wenn Sie von dem Standpunkt ausgehen: Ja, in meiner Gemeinde gibt es viele Lastwagen, aber die sollen nur bei uns bleiben, so ist das falsch. Ich verlange Disziplin! Schäden an den Wagen vorzuschützen, hat keinen Sinn. Ich rate Ihnen,

den Fahrbereitschaftsleiter stets zu unterstützen, sonst kommen Sie nicht weiter. Sie fahren nicht für uns, sondern für sich selbst. Stellen Sie daher die Wagen voll und ganz zur Verfügung, wenn wir sie brauchen!

## Der Telefonverkehr

muß vorerst auf Bürgermeisterämter, Polizeistellen, Gendarmerieposten, Feuerwehr, lebenswichtige Betriebe, Ärzte und Hebammen beschränkt bleiben, denn wir haben Waffenstillstandszeit - keine Friedenszeit. Hingegen kann in absehbarer Zeit mit einfachem Briefverkehr und Postscheckverkehr gerechnet werden - Ärzte und Gemeinden sollen demnächst einen kleinen Benzinvorrat erhalten.

Nach kurzer Vorstellung der Gendarmerie durch den Landrat forderte der Gouverneur abschließend nochmals Disziplin, absolute Wahrhaftigkeit und verantwortungsbewußte Mitarbeit.

Im Anschluß an die Besprechung des Herrn Gouverneurs mit den Bürgermeistern hatten diese noch unter Leitung des Landrats eine eingehende Aussprache über weitere, laufende Verwaltungsfragen, insbesondere die Holzbewirtschaftung, das Wohnungswesen, die Bauwirtschaft, Fliegenschädenbeseitigung, Personenschäden und Viehaufbringung.



*Behelfsgeld der alliierten Militärbehörden, das schon 1944 gedruckt wurde.*

# 1. Verlautbarung nach dem Krieg von Landrat Dr. Hägele vom 18. Juni 1945

aus dem Stadtarchiv Nagold

## An die Bevölkerung des Kreises Calw

Mit Zustimmung des Herrn Kommandant Boulanger in Calw führe ich mein Amt weiter. Ich habe zunächst auch die Aufgaben des Ernährungsamts, Abteilung A (bisher Kreisbauernschaft) in die Verwaltung des Kreises übernommen.

Der völlige Zusammenbruch Deutschlands als Folge der 12-jährigen Herrschaft des „Nazismus“ droht uns alle ins Chaos zu führen, wenn nicht alle Kräfte jetzt bis zum äußersten angespannt werden. Folgende große und schwierige Aufgaben stehen im Vordergrund:

Die Wiederherstellung und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als Voraussetzung für alle Wiederaufbauarbeit, die bestmögliche Sicherung der Ernährung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wiederaufbau der Wirtschaft, die Überwachung des Preisgefüges und die Unterbindung des Schleichhandels und des Schwarzen Marktes.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben muß folgendes gefordert werden:

- 1) Den Gesetzen, Verordnungen und Befehlen der Militärregierung ist unbedingt Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft, sie gefährden nicht nur den einzelnen, sondern auch den ganzen Kreis.
- 2) Das deutsche Recht ist nach wie vor in Gültigkeit, soweit es von der Militärregierung nicht aufgehoben oder für unanwendbar erklärt worden ist. (vgl. Gesetz Nr. 1). In den letzten Wochen und Monaten haben sich viele fremdes Gut zu Unrecht angeeignet. Alle, die solches Gut im Besitz haben, werden aufgefordert, es sofort beim Bürgermeisteramt abzuliefern. Wer dieser Aufforderung nicht

nachkommt, hat strenge strafrechtliche Verfolgung zu erwarten.

- 3) Der Kreis Calw hat seine Haupterwerbsquelle in der Forst- und Holzwirtschaft und ist von jeher landwirtschaftliches Zuschußgebiet gewesen. Es wird nicht nur schwierig sein, den Anschluß an die neue Ernte zu finden; vielleicht muß damit gerechnet werden, daß auch später die Ernährungslage äußerst angespannt ist und bleibt. Deshalb ist äußerste Sparsamkeit im Verbrauch der vorhandenen Nahrungsmittel unerlässlich. Da mit wesentlichen Zufuhren von auswärts nicht gerechnet werden kann, muß die Ernährung innerhalb des Kreises zwischen Stadt und Land ausgeglichen werden. Dazu ist die Heranziehung der letzten Vorräte aus der Ernte 1944 notwendig. Es läßt sich auch nicht vermeiden, daß die Selbstversorgerationen herabgesetzt werden.
- 4) In landwirtschaftlichen Betrieben werden die Fremdarbeiter zum größten Teil ausfallen. Dagegen ist noch nicht abzusehen, wann die Männer aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehren. Deshalb müssen in den Landgemeinden alle verfügbaren Kräfte, insbesondere auch die arbeitslos gewordenen Industriearbeiter für die Landarbeit herangezogen werden. Wer diese verweigert, hat keinen Anspruch auf Zuteilung von Lebensmitteln. Arbeitskräfte aus der Stadt vermittelt das Arbeitsamt.
- 5) Wo die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Arbeit in den gewerblichen und industriellen Betrieben vorliegen, ist sie mit allen Mitteln anzustreben. Rüstungsbetriebe planen die Umstellung auf die Erzeugung von

Versorgungsgütern. In der Forstwirtschaft sind zur Befriedigung des großen Bedarfs an Bau-Generator- und Brennholz alle verfügbaren Kräfte einzusetzen. Das gleiche gilt für die Bauwirtschaft, vor allem auch in den durch die Kampfhandlungen betroffenen Gemeinden.

- 6) Wenn die Verkehrsmöglichkeiten wieder gegeben und die Heimatstädte aufnahmefähig sind, werden die zahlreichen Flüchtlinge und Evakuierten aufgefordert werden, zurückzukehren. Vorher ist eigenmächtige Rückkehr ohne Passierschein gefährlich.
- 7) Die Vorschriften über die Bewirtschaftung von Nahrungsmitteln und von anderen Mangelwaren sind nach wie vor in Gültigkeit. Schwarzkäufer, Schleichhandel und Schwarzschlachtungen werden mit aller Strenge verfolgt und geahndet.
- 8) Die Währung kann nur dann stabil bleiben, wenn die Preise gehalten werden. Die behördlich festgesetzten Preise dürfen

daher unter keinen Umständen überschritten werden. Auch Preisverstöße ziehen unweigerlich Bestrafung nach sich.

- 9) Die Hortung von Zahlungsmitteln gefährdet ebenfalls die Währung; außerdem besteht die Gefahr des Verlustes. Bares Geld, das nicht zum Lebensunterhalt oder zur Aufrechterhaltung eines Geschäftsbetriebs benötigt wird, gehört deshalb auf die Bank und Sparkasse. Silbergeld muß angemeldet werden.
- 10) Alle wirtschaftlich gebotenen und durchgeführten Maßnahmen sind auf die Dauer erfolglos, wenn nicht eine innere Umstellung sie trägt. Deshalb ist die Abkehr von allen Gewaltmethoden und die Achtung vor Menschenrecht und Menschenwürde die erste Voraussetzung für eine Wiedergesundung.

Calw, 18. Juni 1945

(gez.) Dr. Hägele, Landrat

**Lebensmittelrationen für die 79. Zuteilungsperiode**  
(20. August bis 15. September 1945)

Lebensmittel	Brot			Fleisch	Fett		Käse		Zucker	Kaffee-Ersatz	Nährmittel	Kartoffeln
	1500 g auf Kleinabschnitte, dazu:				5	60	50	37,5				
Abchnitte zu g	100	500	1000	50	5	60	50	37,5	125	250	2000	
<b>E. über 18 Jahre</b>	4 100 g			200 g	260 g		187,5 g		—	125 g	500 g	12 000 g
1. Woche . . . . .	—	—	25	1	10	37	43	—	—	V/79	1/79	13
2. Woche . . . . .	—	—	26	2	10	—	44	—	—	—	—	14
3. Woche . . . . .	—	—	27	3	10	—	45	—	—	—	II/79	15/16
4. Woche . . . . .	31	—	28	4	10	—	—	46	—	—	—	17/18
<b>Jgd. 10-18 Jahre</b>	6 900 g			400 g	260 g		187,5 g		—	125 g	500 g	12 000 g
1. Woche . . . . .	—	—	25/26	1/2	10	37	43	—	—	V/79	1/79	13
2. Woche . . . . .	—	—	27	3/4	10	—	44	—	—	—	—	14
3. Woche . . . . .	—	—	28/29	5/6	10	—	45	—	—	—	II/79	15/16
4. Woche . . . . .	31-34	36	30	7/8	10	—	—	46	—	—	—	17/18
<b>Kd. 6-10 Jahre</b>	5 500 g			200 g	260 g		187,5 g		—	125 g	500 g	10 000 g
1. Woche . . . . .	—	—	25/26	1	10	37	43	—	—	V/79	1/79	13
2. Woche . . . . .	—	—	27	2	10	—	44	—	—	—	—	14
3. Woche . . . . .	—	—	28	3	10	—	45	—	—	—	II/79	15/16
4. Woche . . . . .	31-35	—	29	4	10	—	—	46	—	—	—	17
<b>Klk. 3-6 Jahre</b>	3 400 g			—	200 g		—		—	—	500 g	8 000 g
1. Woche . . . . .	—	—	25	—	10	—	—	—	—	—	1/79	13
2. Woche . . . . .	—	—	26	—	10	—	—	—	—	—	—	14
3. Woche . . . . .	—	—	27	—	10	—	—	—	—	—	II/79	15
4. Woche . . . . .	31-34	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	16
<b>Klst. 0-3 Jahre</b>	2 200 g			—	—		—		500 g	—	500 g	6 000 g
1. Woche . . . . .	Keine Kleinabschnitte		25	—	—	—	—	—	III/79	—	1/79	—
2. Woche . . . . .	—		26	—	—	—	—	—	300 g	—	—	13
3. Woche . . . . .	27-30		—	—	—	—	—	—	—	—	II/79	14
4. Woche . . . . .	32-35		—	—	—	—	—	—	—	—	—	15

Calw, den 18. August 1945.

Der Landrat -- Kreisernä

# Schreiben von Landrat Wagner an die Bürgermeister des Kreises vom 21.12.1945 (Stadtarchiv Nagold)

Calw, den 21. Dezember 1945.

Meine Herren Bürgermeister!

Ich möchte das Jahresende nicht vorübergehen lassen, ohne ihnen allen aufs Herzlichste für die treue Mitarbeit in diesem ablaufenden Jahre zu danken. Ich weiß, dass die Ansprüche, welche meine Verwaltung an Sie stellen muss, das Mass des Erträglichen weit überschreiten. Sie wissen aber selbst mit mir, dass es jetzt gilt, unseren Kreis und unser Vaterland wieder aufzurichten, die Bevölkerung vor den Nöten und Sorgen der Gegenwart so sehr wie möglich zu schützen. Da ist es denn unausbleiblich, dass einzelne Männer ihre Kraft, ihre Energie und ihre Zeit in ganz besonderem Masse einsetzen müssen und das sind nun eben jetzt in erster Linie die Beamten und die Bürgermeister. Sie dürfen überzeugt sein, dass sich meine Verwaltung die grösste Mühe gibt, Ihnen zu helfen, wo sie kann. Ich habe aus diesem Grunde auch die Zahl der Verwaltungsaktuelle ganz wesentlich erhöht, damit Sie wenigstens von der Rechnungsarbeit persönlich weitgehendst entlastet sind. Trotz alledem dürfen wir aber mit der Entwicklung welche die Dinge im Kreise seit Beginn der Besetzung genommen haben, sehr wohl zufrieden sein, wenn wir uns mit anderen Kreisen der französischen besetzten Zone vergleichen, denn in unserem Kreis herrschen Ruhe und Ordnung.

Auf dem Sektor der Ernährung ist es dank der energischen und zielbewussten Mithilfe des Herrn Gouverneurs gelungen, die Ernährung sicherzustellen. In Kartoffeln konnten wir, wie Sie wissen, eine reichliche Ernte in unserem Kreis bergen, welche bis zur neuen Ernte ausreicht. In Getreide sind wir bis Ende März zuverlässig versorgt. Die Mengen, welche uns bis zur neuen Ernte fehlen, sind bereits in Europa eingetroffen.

Unsere Industrie ist wieder im Anlaufen. Die Zahl der Beschäftigten ist seit August um 80% gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ist gering.

Infolge der schlechten Transportlage, der Kohlen- und Stromknappheit konnte ich die Belegung der Industrie, des Handels und der Gewerbe nicht in dem Masse betreiben, wie ich dies im Interesse eines höheren Steueraufkommens gerne getan hätte. Die Transportlage hat dadurch eine entscheidende Verbesserung erfahren, dass die Züge wieder unbehindert von Rottweil bis nach Dillweissenstein fahren können und wir nach Wiederherstellung der Brücken jetzt den Anschluss an das grosse Verkehrsnetz wieder gefunden haben.

Durch Bildung des Bürgermeister-Comités haben wir die Möglichkeit, alle Nöte und Sorgen des Kreises durch bewährte Bürgermeister dem Herrn Gouverneur unmittelbar zur Kenntnis zu bringen. Durch Schaffung des Staatssekretariats in Tübingen wurde unsere eigene Verwaltungshoheit in weitgehendem Masse wiederhergestellt.

Fürs nächste Jahr erwarten uns eine Reihe von Problemen, welche in irgendeiner Form gelöst oder vorwärts getrieben werden müssen. Ich möchte die Wesentlichen nur ganz kurz erwähnen:

1. Evakuierung.
2. Die Unterbringung der Ostflüchtlinge.
3. Der Wiederaufbau unserer zerstörten Dörfer.
4. Die Sicherung der Ernährung.
5. Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung.
6. Die Belegung von Handel, Industrie und Gewerbe.
7. Die Ansiedlung neuer Industrien.
8. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
9. Die Unterbringung der heimkehrenden Soldaten.
10. Die Regelung der Kriegsschäden.
11. Die Betreuung der Kriegsbeschädigten.
12. Die Aufzucht von Nutz- und Schlachtvieh.

An all diesen Problem arbeitet meine Ver-

waltung energisch und zielbewusst weiter. Wir hoffen, das wir auf manchen Gebieten im Neuen Jahr weitere Fortschritte verzeichnen werden.

Für Sie selbst wird das Neue Jahr möglicherweise eine wichtige, persönliche Entscheidung bringen, denn im Frühjahr sollen bekanntlich die Gemeinderatswahlen stattfinden. Die Gemeinderäte ihrerseits haben dann die Bürgermeister zu wählen..

Indem ich Ihnen für Ihre Mitarbeit im abgelaufen schweren und schicksalshaften Jahre 1945 danke, bitte ich Sie um weitere Unterstützung im Neuen Jahr und verbleibe mit den aufrichtigsten Wünschen für Ihr und der Ihrigen persönliches Wohlergehen.

Ihr

E.Wagner, Landrat

oooooooooooooooooooo

Gemeinde Gündringen Krs. Horb

Liste über Schäden und Vergewaltigungen während der hiesigen Besatzungszeit vom 17. - 25. April 1945

---

<u>1. Vergewaltigungen:</u>	7 Fälle
<u>2. Abgabe von Radios:</u>	60 Stück
<u>3. Abgabe von Fotos:</u>	14 Stück
<u>4. Wegnahme von Hühnern:</u>	190 Stück
<u>5. Wegnahme von Gänsen:</u>	40 Stück
<u>6. Wegnahme von Schweinen:</u>	2 Stück
<u>7. Wegnahme von Rindvieh:</u>	2 Rinder
<u>8. Wegnahme von Hunden:</u>	1 Stück
<u>9. Wegnahme von Uhren:</u>	34 Stück
<u>10. Wegnahme von Fahrrädern:</u>	19 Stück
<u>11. Wegnahme von Motorrädern:</u>	11 Stück
<u>12. Wegnahme von Autos:</u>	6 Stück
<u>13. Wegnahme von Fleisch:</u>	2 Zentner
<u>14. Wegnahme v. Damenwäsche:</u>	80 Stück
<u>15. Wegnahme v. Herrenwäsche:</u>	100 Stück
<u>16. Wegnahme v. Leintücher:</u>	20 Stück
<u>17. Wegnahme v. Ferngläser:</u>	6 Stück
<u>18. Wegnahme v. Damenkleider:</u>	18 Stück
<u>19. Wegnahme v. Herrenanzügen:</u>	9 Stück
<u>20. Wegnahme v. Schuhen:</u>	8 Paar
<u>21. Wegnahme v. Brillanten und Perlen:</u>	20 Diamanten 123 Perlen 3 Brillantringe
<u>22. Wegnahme v. barem Geld :</u>	9.307.-- RM

Ge samtwert der entwendeten Sachen nach Angabe ohne Maschinenfabrik  
R0 ssnagel ca. RM 48.000.--

*Heute gehört die Gemeinde Gündringen zum Kreis Calw.*

# **Letzter Tätigkeitsbericht von Landrat Wagner**

## **vom 30.Oktober 1947**

(Stadtarchiv Nagold, Zusammenfassung)

Am 30.Oktober 1947 gab der damalige Landrat Wagner vor der Kreisversammlung einen Tätigkeitsbericht über das verflossene Halbjahr vom 1.4. bis 30.9., aus dem ersichtlich ist, wie sehr kritisch die Lage damals, über zwei Jahre nach Kriegsende, immer noch war. Im einzelnen wurden unter anderem folgende Probleme angesprochen: Auf dem Gebiet der Vermögensverwaltung sah es bei den Gemeinden trostlos aus. Infolge des Mangels an Arbeitskräften und an Material konnten sie ihren Gebäudebesitz, die Straßen und Wege, die Wasserversorgungsanlagen und andere Gemeindeeinrichtungen nicht mehr ordnungsgemäß unterhalten. Für die Wald- und Tiefbauarbeiten waren keine Arbeitskräfte zu bekommen, wenn keine Schuhe und Arbeitskleider, sowie keine Ernährungszulage gewährt wurden. Bau- und Schottermaterial war nur auf dem schwierigen Kompensationsweg zu beschaffen. In den abgelaufenen Monaten häuften sich die Gesuche von Bürgermeistern um Entlassung aus ihrem Amt.

Sehr kritisch war die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Vom 1.4. bis 30.9.1947 kamen 978 Heimatvertriebene in den Kreis. Im gleichen Zeitraum wurden 1010 Gesuche um Befreiung von der Zuzugssperre bearbeitet. Außerdem befanden sich noch 5610 Bombengeschädigte von auswärts im Kreisgebiet. 550 Beschwerdefälle in bezug auf Wohnungen mußten bearbeitet werden.

Die für den Konsum zur Verfügung stehenden Güter wurden immer knapper, sodaß der Schleich-, Schwarz- und Tauschhandel immer mehr überhand nahm. Die auf diesem Gebiet vorhängten Strafen beliefen sich auf 26 555 RM. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens hatte sich die Tuberkulose weiter ausgebreitet, während sich bei den Geschlechtskrankheiten keine Veränderung ergab. Große Sorge bereitete die Versorgung der Kranken, deren Zahl laufend stieg. 6519 Personen bezogen Krankenzulagen.

2094 Wehrmachtsangehörige wurden noch vermißt, 2333 befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft.

Beim Wiederaufbau der von Kriegsschäden besonders betroffenen Gemeinden ergab sich am 30.9. folgende Bilanz: Deckenpfann: 136 Gebäude zerstört, wieder bezugsfertig: 3, im Rohbau fertig: 16; Stammheim: zerstört 89 Gebäude, wieder bezugsfertig: 11, im Rohbau fertig: 12; Haiterbach: zerstört 48, wieder bezugsfertig 12, im Rohbau fertig: 10.

Das Kreiswirtschaftsamt verzeichnete die Zuteilung von 21500 Paar Straßenschuhen und 3900 Paar Arbeitsschuhen, sowie 4500 Paar an Landwirte als Prämie für vorbildliche Abnehmer.

Vom Verkehrsamt wurden im vergangenen Halbjahr 121 Reifen zugeteilt, sowie 271 Motorräder, 42 Personenwagen, 87 Lastkraftwagen und 26 Zugmaschinen zugelassen.

Die Trinkwasserversorgung war wegen des regenarmen Sommers sehr problematisch. Oft mußte das Wasser abgestellt werden. Die Elektrizitätsversorgung mußte wegen der geringen Wasserführung der Flüsse wiederholt eingeschränkt oder ganz eingestellt werden. Eine große Sorge stellten die weiterhin anhaltenden Holzeinschläge der Besatzungsmacht dar, ebenso die erst vor kurzen inoffiziell bekanntgewordene Liste der Betriebe, die für die Demontage vorgesehen waren und zu denen im Kreis die Firmen Teufel, Nagold und Karl Benzinger, Unterreichenbach gehörten.

Dieser Bericht mit seinen nüchternen statistischen Angaben gibt ein anschauliches Bild von den immer noch sehr schwierigen Umständen, unter denen die Bevölkerung damals zu leben und zu leiden hatte.

oooooooooooooooooooo

# Berichte aus Neuweiler und seinen Teilorten

zusammengestellt von Hans Schabert - Neuweiler

## Agenbach

Die Arbeit des eingesetzten Gemeinderatskomitees war nicht einfach, denn der französische Gouverneur in Calw bestimmte weitgehend die Richtlinien. So zum Beispiel die Ablieferungsquoten von Vieh und Getreide, die Unterbringung der Flüchtlingsfamilien aus dem Osten, die einfach zugewiesen wurden. Es waren vier Familien mit 16 Kindern.

Viele unpopuläre Entscheidungen waren vom Bürgermeister zu treffen. Insbesondere mußten auch die nach und nach zurückkehrenden Kriegsgefangenen eingegliedert werden.

Aus Agenbach waren von den Jahrgängen 1900 bis 1928 61 Männer zum Kriegsdienst eingezogen worden. Davon kamen leider 15 nicht mehr nach Hause. Aus russischer Gefangenschaft traf im Mai 1950 der letzte Kriegsgefangene ein.

Die von der französischen Besatzungsmacht geforderten außerordentlich hohen Holzeinschläge riefen bei den Betroffenen große Gegenwehr hervor. Auf Markung Agenbach waren es allein nahezu 50 000 Festmeter Holz, die abgeliefert werden mußten. Dies entspricht einer Waldfläche von zirka 400 ha.

Die Währungsreform, die Wiederbeschaffung der im Krieg eingezogenen Glocken sowie der Ruf der Agenbacher Kleinlandwirte nach Rodung von Waldparzellen zur Gewinnung von neuem Ackerland beschäftigte die Gemeindeverwaltung. Im Jahre 1948 kam das Bodenreformgesetz dem lang gehegten Wunsch nach, und so wurden insgesamt 20 ha Wald für den Ackerbau freigegeben. Die gesamten Flächen, wie auch alle übrigen Felder und Wiesen, die vom staatlichen Forstamt gepachtet waren, konnten käuflich vom staatlichen Forstamt erworben werden.

## Breitenberg

Die wohl schwierigste Zeit für Ablieferungen und dergleichen war von 1945 bis Ende 1946. Wohl gab es auch nachher noch da und dort Probleme wie Wohnungsmangel, aber es normalisierte sich zusehends. Im Gemeindewald wurde von den Besatzern ein Kahlschlag durchgeführt. Aber nicht nur von den Franzosen, auch durch Verfügung des Landratsamtes wurde der Gemeinde zur Auflage gemacht, die Teinacher Bürger und Gemeinde mit Brennholz und Reisig zur Selbstverwertung zu versorgen. Diesem Umstand fiel die Waldfläche „Wadel“ durch Kahlschlag zum Opfer. Der Grund und Boden wurde gerodet, zirka 10 ha.

In den Jahren 1947/48 ging in der Wirtschaft nichts. Die Reichsmark hatte keine Kaufkraft mehr, Kompensation und Tauschhandel blühten. Als aber dann am 20.6.1948 die Währungsreform durchgeführt wurde, war es, als wäre ein Wunder geschehen. Es war ja auch der Anfang des nachfolgenden Wirtschaftswunders. Jeder Bürger bekam ein Kopfgeld von 40 Mark ausbezahlt als Erstausrüstung. Auch die Gemeinden, die Banken und die Industriebetriebe wurden mit Erstausrüstungen versorgt. Von da an normalisierte sich alles sehr schnell, die Wirtschaft lief an und kam in Schwung.

Das Problem mit Evakuierten und Flüchtlingen hat sich in Breitenberg zum großen Teil von selbst gelöst, die meisten zogen weg in die Nähe von Arbeitsstätten. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen zog sich teilweise Jahre hin, bis die letzten heimkehren durften, leider mit teilweise erheblichen gesundheitlichen Schäden, vor allem diejenigen aus Rußland.

## Neuweiler

Sicher blieben keinem Haus Unannehmlichkeiten erspart. So ging es etwa bis zum 25. April 1945. Dann hörte man, in Oberkollwangen sei eine Polizeitruppe

angekommen. Sie käme nach Neuweiler, die Männer zu deportieren. Schon bald erschienen deren Offiziere auf dem Rathaus. Zunächst mit neuen Auflagen. Unter anderem sollte der Bürgermeister den Sprengstoff herbeischaffen, den der Gemischtwarenkaufmann Gottfried Seeger für gewerbliche Zwecke in einem Schuppen außerhalb des Dorfes gelagert hatte. Es wurde Bürgermeister Hanselmann nicht erlaubt, den Schlüssel für das Lager zu holen. Er zeigte den Franzosen die vorschriftsmäßig abgeschlossene Hütte. Diese brachen die Tür auf und nahmen den Sprengstoff mit.

Inzwischen hatte die Polizeitruppe begonnen, das Dorf nach männlichen Bewohnern im Alter zwischen 15 und 60 Jahren zu durchsuchen. Sie wurden gegenüber dem „Adler“ zusammengetrieben und in die dortige Scheuer gesperrt. Bürgermeister Hanselmann wurde im „Adler“ von einigen Offizieren verhört. Er wurde bezichtigt, Mitglied des Werwolf zu sein. Bei einer Leibesvisitation nahm man ihm sogar das Taschenmesser weg. Nach stundenlangem Verhör ging er hinaus zu den anderen Neuweiler Männern. Sie wurden von teils betrunkenen, mit Maschinenpistolen bewaffneten Soldaten bewacht. In einer Ansprache erklärte einer der Offiziere, alle Männer von Neuweiler würden nach Frankreich gebracht. Die Kommission habe Herrn Jakob Rexer zum neuen Bürgermeister der Gemeinde bestimmt. Herr Hanselmann mußte vortreten und ihm die Schlüssel zum Rathaus übergeben. Dazu mußten alle Anwesenden die Kopfbedeckung abnehmen.

Dann begann die „Deportation der Neuweiler nach Frankreich“. Zunächst ging es in Richtung Berneck. Was sich unterwegs an Greisen und Jugendlichen noch blicken ließ, wurde auch mitgenommen. So ging es auch jenem Gaugenwalder, der im Wald arbeitete. Als er von weitem die Neuweiler Männer sah, wollte er genau wissen, was da passierte. Anstatt sich zu verstecken, näherte er sich der Kolonne. Das gefiel den Franzosen wieder nicht.

Er mußte sich dem Zug anschließen. Verzweifelt rief er in den Wald zurück: *„Du Anna, sag au meiner Marie dia hem-me mitgnomma!“* Er durfte aber vor Berneck wieder zurück. „In Berneck wurden wir in den Schulsaal gesperrt.

Nach einiger Zeit fuhr ein Lastwagen vor. Wir wurden verladen. Die Fahrt ging zunächst in Richtung Neuweiler. Schon glaubten wir...“ Aber es ging nach Calw zum Amtsgericht und seinem Gefängnis. Der Bürgermeister und der stellvertretende Ortsgruppenleiter der NSDAP wurden in die bereits überfüllten Gefängniszellen gesperrt. Dort trafen sie auf Leidensgenossen aus anderen Kreisgemeinden. Und wieder einmal wurde angekündigt: *„Morgen werdet Ihr erschossen!“*

Die übrigen Neuweiler Männer mußten im Gefängnishof nächtigen. Am nächsten Morgen hielt ihnen ein französischer Offizier eine „Strafpredigt“. Aber er kündigte ihnen auch an, daß sie unter Beachtung verschiedener Auflagen wieder nach Hause dürften.

Nur der Bürgermeister, der stellvertretende Ortsgruppenleiter und der HJ-Führer blieben inhaftiert. In diesem kritischen Moment trat der - inzwischen verstorbene - Philipp Schlecht mit hohem Mut vor die Front und bat die Franzosen: „Wir wollen unseren Bürgermeister mitnehmen. Er hat nichts Unrechtes getan.“ Es nützte nichts. So fand die „Deportation der Neuweiler Männer nach Frankreich“ ein schnelles Ende.

Für die Zurückgebliebenen gingen die Unannehmlichkeiten der Haft weiter. So mußten immer etwa 20 Häftlinge sich eine etwa 15 bis 20 qm große Zelle teilen. Nachts gab es nicht für jeden die Möglichkeit zu liegen. Dafür hörte man aus Nachbarzellen die Schreie Geschlagener, darunter auch Frauen. Hunger war noch das kleinere Übel jener Tage. Nach etwa 3 Wochen erhielt Hanselmann einen Entlassungsschein und konnte nach Hause gehen.

(...) Es war ein schwieriger Neubeginn. Obwohl gegen Geld nichts zu bekommen war, war das neue Dach für das Rathaus noch ein kleines Problem. Am meisten belasteten den Bürgermeister und seine Verwaltung die auferlegten Lebensmittel - Ablieferungen. Sicher, man wußte von den Hungersnöten in den Städten. Aber wie sollte es besser werden, wenn man den Erzeugern auf dem Lande die Möglichkeit nahm, weiterzumachen? In vielen Dörfern konnte das Ablieferungssoll nur noch mit Polizeigewalt erfüllt werden.



Im Protokoll des „Gemeinderatskomitees“ vom 21. Januar 1946 ist folgendes festgehalten:

*„Die Gemeinde Neuweiler hat seit der Besetzung durch französische Truppen im April 1945 40 Stück Vieh an die Besatzungsbehörden zur Ablieferung gebracht. Hiervon sind nunmehr 7 Stück Vieh bezahlt. Verschiedene Landwirte sind hierdurch in große Notlage versetzt worden, denn sie sind finanziell nicht in der Lage, sich wieder ein Stück Vieh zu kaufen. In dieser Sache wird heute beraten und im Benehmen mit den Gemeinderäten vom Bürgermeister beschlossen: 1). Bei der Aufsichtsbehörde darum nachzusuchen, daß das Viehkaufgeld, zirka 15 000 bis 16 000 Mark den Gemeindevordrücklagen entnommen werden darf und an die Viehlieferanten ausbezahlt wird mit der Maßgabe, daß nach Eingang des Geldes der fragliche Betrag wieder an die Gemeindekasse zurückerstattet wird.“*

## **Zwierenberg**

Zu den schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben, welche der kommissarisch eingesetzten Gemeindeverwaltung gestellt waren, gehörte die Erfüllung der Forderungen, welche von der Besatzungsmacht gestellt wurden, etwa Ablieferung von Lebensmitteln an dieselbe, sowie auch zur Ernährung der heimischen Bevölkerung. Vor allem, wenn es um Ablieferung von Großvieh und Schweinen ging, war oft nicht zu vermeiden, daß Härten entstanden, möglicherweise auch ab und zu zwangsläufig Ungerechtigkeiten, was auch in der friedlichsten Gemeinde zu Haß und Neid führen mußte.

Es soll vorgekommen sein, daß kleineren Landwirten keine Kartoffeln zum Pflanzen blieben. Ein Beispiel, das die Probleme jener Zeit aufzeigt: An die Besatzungsmacht waren zirka 20 Stück Nutzvieh abzuliefern; die

Qualität, welche die Tiere haben sollten, war vorgeschrieben, auch ein französischer Offizier war bei der Auswahlkommission. Wie es der Teufel will, eine schöne junge Kuh wurde zur Ablieferung bestimmt, welche einer Witwe gehörte, die außer einer kleinen Landwirtschaft keinerlei Einkommen, aber eine Familie mit 7 Kindern zu ernähren hatte. Die Frau war, um ihre Landwirtschaft bewirtschaften zu können, auf diese Kuh dringend angewiesen, weil nur 2 Kühe zur Arbeit gewöhnt waren. Die abzuliefernden Tiere mußten von den Besitzern zum Verladen zum Bahnhof nach Altensteig gebracht werden. Vom ältesten Sohn wurde die Kuh dorthin gebracht. Beim Verladen bemerkte ein für die Verladung verantwortlicher französischer Veterinär, daß der Junge bitterlich weinend vor seiner Kuh stand. Er fragte den Jungen, warum er weine. Der Junge gab schluchzend zur Antwort: *„Wir haben nur drei Kühe, davon müssen wir mit sieben Geschwistern leben“*. Der Franzose klopfte daraufhin dem Jungen auf die Schulter und sagte: *„Junge, du darfst die Kuh wieder mit nach Hause nehmen“*.

Auch der Gemeindevordruck wurde nicht verschont. Der Gemeinde wurde zur Auflage gemacht, der Besatzungsmacht 2450 Festmeter Stammholz der Klassen 4 - 6 bereitzustellen (F-Hiebe).

Mit der Erledigung der eigentlichen Aufgaben, die eine Gemeinde hat, konnte erst nach der Währungsreform 1948 begonnen werden. Geld war vor der Währungsreform genügend vorhanden, aber man konnte nichts damit anfangen. Es gab nur Waren-Tauschhandel. Wenn zur Wegunterhaltung Schotter benötigt wurde, mußte Holz dafür gegeben werden. Kleider, Schuhe, Ersatzteile für Maschinen und so weiter, waren nur gegen Lebensmittel erhältlich. Selbst der Tierarzt sagte des öfteren: *„Ich kann nur kommen, wenn Sie mir Schnaps geben, damit ich Benzin bekomme.“*

# Nachkriegszeit 1945 bis 1949 in Gechingen

von Fritz Roller - Gechingen

Anfang Mai 1945 kam eine französische Einheit in den Ort, die ungefähr zwei Wochen lang hierblieb. Am Ortsausgang beim Haus Bierle wurde später ein Schlagbaum errichtet. An der Markungsgrenze nach Deufringen stand ein weiterer, der die Grenze zwischen der französischen und der amerikanischen Zone bezeichnete. Da einige Landwirte sowohl hüben als auch drüben Felder bewirtschafteten, erhielten sie sogenannte Passierscheine, die in verschiedenen Sprachen ausgestellt waren. Von Mai bis Ende Juni durfte die Gemeindeverwaltung nicht arbeiten. Die Besatzungsmacht regierte und befahl. Im Mai mußten alle Rundfunkgeräte, zusammen 184, von der Musiktruhe bis zum selbstgebauten Detektor, abgeliefert werden, außerdem 17 Fotoapparate. Sämtliche Waffen, Gewehre, Pistolen, auch Teile davon, sowie Munition, insgesamt 185 Stück, kamen am 26.5.1945 zur Ablieferung. Jede Familie hatte am 20.6. abzugeben: einen Zivilanzug, bestehend aus Rock, Weste, Hose und Hut, ein Hemd mit Kragen, zwei Taschentücher, eine Unterhose, ein Paar Socken, eine Krawatte, ein Paar Schuhe. Alles mußte sich in gutem Zustand befinden. Zum gleichen Zeitpunkt wurden Bücher und Illustrierte mit nazistischem Inhalt eingesammelt.

Auch später forderte die Militärregierung noch so einiges, wie Rathausanschlüge aus dieser Zeit beweisen: 18.10.1946: „Es wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Butterfässer und Zentrifugen sofort auf dem Rathaus abzuliefern sind. Stichproben in den Häusern durch die Militärregierung sind möglich. 19.10.1946: „Den säumigen Eierablieferern wird eine letzte Frist gegeben. Die Strafe beträgt 4 RM für jedes nicht abgelieferte Ei. Heute Abend ist von jedem Geflügelhalter je ein Ei pro Henne abzuliefern.“ 30.4.1947: „Auf Anordnung der Militärregierung muß die Heuablieferung sofort durchgeführt werden. Es wird restlose Ablieferung verlangt. Jeder landwirtschaftliche Betrieb, auch solcher ohne Vieh, hat 30 kg Heu oder 50 kg Stroh abzugeben.“

17.5.1947: „In Anbetracht der großen Not

wurde die totale Ablieferungspflicht für Kartoffeln angeordnet. Von jedem Ar Anbaufläche müssen mindestens noch 1 kg abgeliefert werden.“ 12.6.1947: „Laut Mitteilung des Gouverneurs ist ab sofort das Backen von Kuchen und Kleingebäck verboten.“ Selbstverständlich mußte der hier einquartierte Kommandant gepflegt werden, unter anderem bekam er vom Mai bis Juni 1945 32 Mittag- und Abendessen. Die Truppen wurden mit Holz und Heu beliefert. Für die Versorgung der Bevölkerung im Landkreis waren anfangs nur 40 % der Brot-, Butter- und Fleischproduktion freigegeben. Die Vieh- und Getreideabgaben waren deshalb hoch, und die Bewirtschaftung ging verstärkt weiter. Auch die Lebensmittelmarken blieben in Kraft. Jeder Erwachsene hatte vom 16. bis 30. September 1946 Anspruch auf 4500 g Brot und 240 g Fleisch. Die Lebensmittelmarken wurden am Anfang des Monats ausgegeben, jedoch wurden die Marken jeweils in „Zuteilungsperioden“ aufgerufen, die je nach Versorgungslage kürzer oder länger sein konnten, ebenso wich die Art und Menge der zugeteilten Lebensmittel oft erheblich voneinander ab. Im Laufe der nächsten zwei Jahre wurde die Versorgung immer schlechter. 1947 und Anfang 1948 herrschte überall Mangel: Januar 1948, 110. Zuteilungsperiode: Zucker 125 g, Nahrungsmittel 250 g, Fett 12,5 g, Fleisch 100 g, Brot 1750 g.“ Das Fett, 12,5 g, reichte gerade, um zwei Brotschnitten zu bestreichen. Im November 1948 war die Fleischration auf 75 g in der Woche zusammengeschrumpft, Wurst inbegriffen. Erst ab 1949 verbesserte sich die wirtschaftliche Lage, und die Lebensmittelkarten konnten nach und nach abgeschafft werden. Doch zurück in das Jahr 1945. Am 30. Juni erschienen bei dem noch amtierenden Bürgermeister Schmidt zwei Vertreter des antifaschistischen Kreisvertrauensrat Calw. Sie hatten den Auftrag, in unserer Gemeinde einen Vertrauensrat zu bilden. Nach Beratung und Abstimmung wählte man einen Rat mit neun Mitgliedern. Die Landwirte waren durch fünf, die Gewerbetreibenden durch zwei und die

Arbeitnehmer ebenfalls durch zwei Mitglieder vertreten. In einer anschließenden Beratung der Vertreter von Calw und Gechingen wurde dem nicht teilnehmenden Bürgermeister Schmidt einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Rat erwartete aber, daß alles, was an die Nazipartei erinnerte, verschwinde. Dann wählte man noch eine Dreimannkommission für die Viehablieferung an die Militärregierung. Am 14.8.1945 wurden alle Bürgermeister des Kreises nach Calw berufen. Kapitän Frénot, Gouverneur der Militärregierung, sprach über die Ernährungslage, die Rückführung der verschleppten Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und Umquartierten, außerdem über das Transportwesen und die Beschlagnahmen. Er erklärte, daß für das deutsche Volk ein in jeder Beziehung sehr schwerer Winter bevorstünde. Der Kreis hätte ab sofort wöchentlich 60 Stück Schlachtvieh zu liefern. Auf unsere Gemeinde entfielen als erste Umlage 10 Stück Großvieh. Als Bürgermeister Schmidt wieder zu Hause war, erfuhr er telefonisch, daß mit dem Vieh auch 5 Fahrräder abzugeben waren. In Althengstett war die Ortskommandantur, der auch Gechingen unterstellt war. Es handelte sich um die 8. Kompanie des Inf. Reg. 126. Der Kommandant befahl, bis 1.10. 50 Raummeter Holz zu schlagen und nach Althengstett zu bringen. Dazu waren zwei Arbeitsschichten mit je 12 Mann an 8 - 10 Tagen notwendig. Das Holz schlug man im Oberen Heiligenwald. Überall im Kreis Calw war in ähnlicher Weise Holz zu schlagen und abzuliefern.

Für die dort in Quartier liegenden Truppen mußten 100 Wolldecken nach Teinach gebracht werden. An die Kommandantur in Ostelsheim waren zu liefern:

Am 5.8.: 350 kg Kartoffeln, 150 Eier, 15 kg Butter, 5 kg Zwiebeln, 50 kg Gemüse, 2 kg Malz, 4 kg Fett, 1 kg Knoblauch und 5 Schafe.

Am 20.10.: 40 Ztr. Kartoffeln, 60 kg Erbsen, 50 kg Linsen und ein großer gußeiserner Ofen.

Am 5.9.45 wurde der Fabrikant Emil Wagner von den Franzosen zum ersten Landrat der Nachkriegszeit für den Kreis Calw ernannt. Wie einst der Amtmann war er total abhängig, aber

für alles zuständig, sowohl für die Sicherung der Ernährung und die Versorgung mit Wirtschaftsgütern als auch für den Verkehr. Außerdem hatte er die ehemaligen Landes- und Reichsbehörden, wie Post und Bahn, zu leiten. Die Zonengrenze sollte außer dem Personen- auch den Güterverkehr sperren. Gerade im Kreis Calw, der ja im Grenzbereich lag, gab es dadurch in vielen Bereichen unerträgliche Mangelzustände. So fanden bald trotz strikten Verbots Kompensationsgeschäfte über die Zonengrenze hinweg statt. Als Tauschgüter wurden Lebensmittel, Holz, Spirituosen, Textilien und feinmechanische Erzeugnisse eingesetzt.

Der im Schießerrain gebaute Luftschutzstollen sollte auf Anweisung der Militärbehörde gesprengt werden, doch die Gemeinde vereinbarte, daß das Stollenholz im Quergang und im hinteren Eingang bis zur Gasschleuse ausgebaut wurde. Anschließend schüttete man die Eingänge zu. Eine Sprengung hätte mit Sicherheit einen Schaden an den umliegenden Gebäuden verursacht.

Durch schwere Wolkenbrüche waren einige Straßen so schlecht, daß Reparaturen sinnlos erschienen. Im September bezeichnete Bürgermeister Schmidt den Ausbau der Kanalisation als vordringliche Aufgabe der Zukunft. In der gegenwärtigen Lage gab es dazu allerdings keine Möglichkeit.

Im Zuge der „politischen Säuberung“ wurde Bürgermeister Schmidt entlassen und Wilhelm Gräber vom Kreis als neuer Bürgermeister kommissarisch eingesetzt, dazu wurde ein sechsköpfiges Gemeinderats-Komitee gebildet, das am 15.11.1945 erstmals zusammentrat. Diese Verwaltung blieb im Amt, bis die am 15.9.1946 durchgeführte erste demokratische Nachkriegswahl einen neuen Gemeinderat und einen neuen Bürgermeister brachte. Es war in dieser Zeit nicht leicht, allen Forderungen der Besatzungsmacht nachzukommen und diese gegenüber den Bürgern zu vertreten. Otto Weiß erklärte in seiner Antrittsrede am 1.10.1946: Es wird mein äußerstes Bestreben sein, stets unparteiisch zu sein und jedermann, ohne Ansehen seiner Person oder politischen Haltung, die gleichen Rechte, aber auch die

gleichen Pflichten einzuräumen.“ Ein Versprechen, welches er, wie seine späteren Wahlerfolge zeigten, auch gehalten hat. Die neue Verwaltung hatte gleich ihre erste Bewährungsprobe mit der Verteilung und Auswertung von Volkszählungsbogen zu bestehen. Die Zählung ergab 935 Einwohner, 31 seither Vermißte und 35 Kriegsgefangene hatten sich brieflich gemeldet. 1946/47 erlaubten die Militärbehörden den Vereinen wieder die Aufnahme ihrer Tätigkeiten. Noch im Laufe des Jahres gab es Landtagswahlen in der französisch besetzten Zone und eine Volksabstimmung über die Verfassung von Württemberg-Hohenzollern. Die neue Verfassung wurde mit 268 661 gegen 116 013 Stimmen angenommen.

Auch die Feldwege hatten unter dem Wetter so gelitten, daß der Gemeinderat im Juli 1946 beschloß, nach Artikel 173 der Gemeindeordnung Hilfsdienste anzuordnen. Leistungspflichtig war von jedem landwirtschaftlichen Betrieb eine Person. Sämtliche Pferde- und Ochsenhalter hatten Fahrdienst zu leisten. Drei Tage lang mußte ohne Entschädigung gearbeitet werden, für die Arbeit darüber hinaus wurden für die Stunde 60 Reichspfennig bezahlt.

Mit den Abgaben ging es weiter. Für 1947 waren 80 Schweine und 1 875 Doppelzentner Kartoffeln zu liefern, außerdem eine größere Menge weißer Bettwäsche. Erschwert wurde die Erfüllung der Quote durch das schlechte Wetter in jenem Sommer, Hagelschläge vernichteten Hafer und Gerste fast vollständig.

Aus den Orten und Städten des Umlandes zogen viele Bewohner zu Fuß in die Dörfer, manche sogar mit Handwagen, um Lebensmittel einzutauschen oder zu hamstern. Zur Erntezeit waren die Felder von Ährenlesern überlaufen, die auf diese Weise ihre Rationen erhöhten. Weitere Holzeinschläge wurden angeordnet im Gewann „Pfutsch“ und „Birkwald“. Die 39 Arbeiter der SAFT (Société Alsacienne d'Exploitations Forestières et de Transports - Elsassische Gesellschaft für Holzeinschlag und Transport) waren in Privatquartieren untergebracht. In der Küche im Gasthaus „Hirsch“, aus der diese Arbeiter gepflegt wurden, geschah am Freitag, den 21.11.1947, ein

Unglücksfall, bei dem eine junge Gechingerin das Leben verlor. Die Holzhauer kamen wie jeden Tag kurz nach 18 Uhr vom Wald nach Hause und nahmen im Speiseraum Platz. In der Küche nebenan wurde von der Hirschwirtin und drei Gehilfinnen das Essen gekocht. Ein zum Holzkommando gehörender 52-jähriger Mann aus dem Elsaß betrat vom Hof kommend die Küche. Er hatte ein Jagdgewehr in der Hand, dem er die Patronen entnahm. Er glaubte, das Gewehr sei nun entladen, legte zum Spaß den Lauf einer 22-jährigen Frau an die Hüfte und drückte ab. Ein Schuß löste sich, die Verletzte brach zusammen und starb trotz Operation im Calwer Krankenhaus.

Seit Jahrzehnten hatte es keine so schlechte Ernte gegeben wie im Jahre 1948. Die Hauptursache war das Fehlen von Düngemitteln. Auch die Obsternte ließ sehr zu wünschen übrig. Dagegen gab es viele Kartoffeln. Das unter Zwangsbewirtschaftung angebaute Gemüse war durch die schlechte Witterung völlig verdorben, es konnte nichts geerntet werden. Ein Lichtblick in diesem Jahr war das Wegfallen der Passierscheine, dadurch wurde der Verkehr zwischen den besetzten Zonen erleichtert. Als Start für eine neue Zukunft erwies sich die Währungsreform am 20.7.1948. Jeder erhielt ein „Kopfgeld“ von 40 DM. Die Sparkonten wurden 10:1 abgewertet.

Das Jahr 1948 endete mit Gemeinderats- und Kreistagswahlen. Bürgermeister Otto Weiß wurde mit Mehrheit wiedergewählt und am 5.1.1949 in sein Amt eingesetzt. Ein besonderes Problem war nun die Einweisung und Unterbringung von Flüchtlingen und Ausgewiesenen in leerstehende Zimmer und Wohnungen. Im Januar 1949 sollte die Gemeinde wieder 126 Personen aufnehmen. Da die Beschaffung von Bettzeug große Schwierigkeiten bereitete, kaufte die Gemeinde 23 Strohsackgarnituren beim Umsiedleramt. Wegen der Verlagerung der Hollerith-Werke (heute IBM) von Hechingen nach Sindelfingen/Böblingen benötigten die Mitarbeiter dieser Firma Wohnraum, den die Gemeinde Gechingen zur Verfügung stellen sollte. Es wurden dann etwa 50 Werksangehörige hier untergebracht. Dafür entfiel vorläufig die vorgesehene Aufnahme von Flüchtlingen. Zum Hollerith-Werk gelangten die

Arbeiter mit dem Postbus, der seit der Aufhebung des Passierscheinzwanges wieder regelmäßig verkehrte. Im Juni 1950 betrug die Einwohnerzahl 1035 Personen, davon 463 männliche und 572 weibliche, darunter 79

Kinder von 0-5 Jahren und 150 von 6-14 Jahren, 62 waren Jugendliche von 14-18 Jahren. Gechingen hatte 282 Haushalte. Auf ein Wohngebäude kamen durchschnittlich vier Personen.

ooooo000000ooooo

Gemeinde Gündringen  
Kreis Horb.  
=====

Aufstellung der Requisitionen von französischen Truppen während der Besetzung vom 17. April 1945-bis-3. Mai 1945.

Name	Vorname	Beruf	Datum	Art	Gewicht.Menge	RM
1	Kiefer Katharina	Landwirtin	27.4.45	1 Schwein	100.-kg	==== 137.--
2	Schmider Cornelia	Landwirtin	27.4.45	1 Schwein	150.-kg	==== 215.50
3	Nisch Magdalena	Landwirtin	27.4.45	1 Schwein	130.-kg	==== 178.10-
4	Baumgartner Josef	Landwirt	4.45	1 Schwein		
5	<del>Winkler</del> Faßnacht Pauline	Bäuerin Mühle		1 Schwein 1 Kalb Mehl -i Kummel	11. Reil.	===== 599.40
6	Klink Georg	Landwirt	26.4.45	1 Rind	450 kg	=====522.--
7	Klink Damian	Landwirt	26.4.45	1 Kalb	90 kg	=====140.--
8	Sturm Christian	Landwirt	25.4.45	1 Rindle	170 kg	===== 200.--
9	Faßnacht Pauline	Mühlebes.	2.5.45.	Mehl	462.5 kg	=== 175.75-
10.	Kienzle Albert	Landwirt	28.4.45	1 Kalb	75 kg	===== 112.50-
11	Zeeh Christian	Schafhalter	24.4.45.	2 Schafe	160.- kg	=== 160.--
12	Mock Josef	Landwirt	27.4.45.	300 kkg	Hafer	===== 60.--
13	Wimmer Maria	Witwe	25.4.45	Most	50 lt.	==== 20.--
14	Geißler Andreas	Gemdpflg.	27.4.45	Kartoffeln	200 kl	==== 16.--
15	Lohrer Konrad	Landwirt	27.4.45	Kartoffeln	300 kg	===== 24.--
16.	Löffler Heinrich	Landwirt	25.4.45	Kalb	90 kg	===== 102.60
17	Bernhard Stefan	Landwirt	23.4.45	Kartoffeln	125 kg	===== 10.--
18	Lohrer Daniel	Bäcker	20.4.45	Brot gebacken	115 Laib	= 11.50
19	Gertzki Tony	Gastwirtin	16.6.45	Brantwein	lt. 2	===== 16.--
20.	Fellmann Hans	Gutspächter	28.4.45	2 Rinder 2 Schweine		=====1354.--
21.	Baumgartner Katharina	Molkerei	vom 17.4.-3.5.45	Milch, Butter und Eier		==== 91.20 ===== 39.60

Dok. 15. Liste der Requisitionen in Gündringen vom 17. April bis 3. Mai 1945.

*Heute gehört die Gemeinde Gündringen zum Kreis Calw.*

# Stammheim nach der Zerstörung

Horst Roller - Stammheim

Am 20. April 1945 wurde Stammheim bombardiert. 41% der Gebäude brannten ab. 470 Personen wurden obdachlos. 5 Personen wurden getötet. Der Gebäudeschaden betrug 2 Millionen Reichsmark. Insgesamt 120 Stück Groß- und Kleinvieh sind im Brandherd erstickt. Nur ältere Männer, Frauen und Kinder sind im Ort. Sie müssen sich den Mut nehmen, das stinkende und aufgedunsene Vieh zu entfernen. Auf Pritschen wird es aus den Ställen gezogen und südlich vom heutigen Bauhof auf dem Bühl im Steinbruch oder in den größeren Hausgärten vergraben. Die Straßen werden durch Schüler vom Brandschutt freigeschaufelt.

Die Lebensmittelvorräte der Brandgeschädigten sind vernichtet. Sie selbst müssen in den stehengebliebenen Häusern untergebracht werden. Das gibt oft schwierige Verhältnisse in den Haushaltungen. Arbeiten sie in ihrer eigenen Landwirtschaft oder für ihre Quartiergeber? Das gerettete Vieh der Gäste steht meist in einem andern Stall im Ort.

Nachrichten erhält man fast nur durch heimkehrende Soldaten. Diese finden in Stammheim statt des Hauses oft nur einen Trümmerhaufen vor.

Keine Eisenbahn fährt, keine Post kommt, keine Zeitung, kein Radio.

Am 1. Mai schickt ein Franzose - er fährt von Gechingen nach Calw - Spaziergänger, die sich auf der Umgehungsstraße befinden, nach Hause, da eine Ausgangssperre verfügt ist. Die Haustüren dürfen nicht abgeschlossen werden. 10. Mai, Haselstaller Hof, zwischen Stammheim und Deckenpfronn: Ein deutscher Soldat, noch in Uniform, flüchtet beim Auftauchen eines französischen Jeeps von der Reichsstraße 296 in Richtung Haselstaller Hof. Er wird vom Fahrzeug aus, das den Flüchtenden über die Wiesen verfolgt, erschossen. Beim Hof wird er beerdigt. Bei Ostelsheim ist die Grenze zur amerikanischen Zone.

Frau A.R. berichtet: „18 Tage nach dem Brand

*fuhr ich mit dem Schinderkarren nach Unterreichenbach zu meiner Schwester. Ihr Mann war dort beim Einmarsch der Franzosen ums Leben gekommen. Auf dem Heimweg ausgangs Liebenzell wurden wir gestellt von den Posten, zwei jungen französischen Soldaten. „Wo Papier?“ fragten sie. Wir sagten wir hätten keine Papiere. Sie: „Retour, ab, Kommandantur.“ Ich sagte: „Oh, nichts, nichts retour, ich habe kleine bébés (Kinder) daheim, die würden pleurer (weinen), wenn ich solange nicht komme.“ Da klopfte mir einer von ihnen auf die Schulter und sagte: „Du prima Frau“ und ließ uns gehen. Sonst wurden wir nicht mehr angehalten. Sehr viele Zivilisten sind uns begegnet, die hierher als Ausgebombte und Evakuierte geflüchtet waren und jetzt wieder zurückgingen.“*

Mitte des Jahres beschlagnahmten die Besatzungstruppen alle im Wald und in den Sägewerken lagernden Holzvorräte.

Von Mitte August bis Mitte September hält sich wieder eine größere Besatzungseinheit in Stammheim auf. Täglich wird vor dem Waldhorn die Trikolore gehißt. Wer im Vorbeigehen die Kopfbedeckung nicht abnimmt und die Fahne grüßt, wird übel gerüffelt und muß zur Strafe eine halbe Stunde vor ihr stehenbleiben oder gar niederknien. Am 16. September 1945 werden drei Stammheimer Jugendliche von den Franzosen aufgegriffen, weil sie sich nach der Sperrstunde auf der Gasse aufgehalten haben.

Über die Ablieferungen an die Besatzungsmacht und über die damaligen Verhältnisse in Stammheim berichtet E.K., der damals auf dem Stammheimer Rathaus arbeitete:

*„Damit jeder Landwirt gleichmäßig belastet wurde, führten wir eine Viehzählungsliste. Wir hatten aber immer zwei Listen, eine offizielle geschönte und eine inoffizielle, die wurde im Papierkorb aufbewahrt. Die offizielle Liste haben die Franzosen kontrolliert. Wenn sie gemerkt hätten, daß da was nicht stimmt, hätten*



*sie uns mitgenommen.“*

*„Die Ablieferungen in Stammheim wurden im Einvernehmen mit dem Marktleistungs-Ausschuß, drei Stammheimer Bürgern, durchgeführt. Sie wurden von den Franzosen eingesetzt und mußten unter anderem die Ställe aufsuchen und die Bauern davon unterrichten, daß sie dieses oder jenes Stück Vieh abliefern mußten. Das war eine undankbare Aufgabe. Wenn nun die nach Calw abgelieferte vorgeschriebene Anzahl des Viehs erfüllt war, aber ein bestimmtes Gewicht nicht erreicht wurde, erschienen bei uns bald die Abgeordneten des Gouverneurs. Sie legten die Füße auf den Tisch und verlangten weitere Abgaben.“*

*„Die Franzosen kamen nicht dahinter, daß der Hof Dicke auch zu Stammheim gehört. Für die Ablieferung von Weizen, Gerste, Hafer und vor allem auch Eiern kam der Hof Dicke unter seinem Pächter Bürkle zu etwa 50 % auf. So konnten wir die abgebrannten Bauern schonen, die deshalb fast kein Getreide abliefern mußten.“*

Bürgermeister Gugeler hatte ein gutes Verhältnis zu Gouverneur Frénot. So kam es, daß die Gemeinde Stammheim aus dem Gemeindegeld kein Holz an die Franzosen abgeben mußte. Dieses Holz wurde dringend zum Wiederaufbau der Fachwerkhäuser benötigt.

Ein „antifaschistischer“ Vertrauensrat von 18 Mitgliedern unter Führung des seitherigen Bürgermeisters führt die Gemeindeverwaltung in Stammheim weiter. Am 8. Juni 1945 ist die Neuwahl. Als Bürgermeister wird Gottlieb Gugeler, Inspektor des Kinderheims, gewählt.

Das Rathaus ist abgebrannt. Die Dienstgeschäfte werden zuerst in einem Raum bei Kaufmann Sattler und dann im oberen Saal des Schulhauses abgewickelt.

Die Straßen erhalten wieder ihre früheren Namen aus der Zeit vor 1933. Zum Beispiel wird die „Ostlandstraße“ wieder zur „Gechinger Straße“.

Der Gemeindepfleger zeigt dem Vertrauensrat die Schwierigkeiten an, die sich für ihn ergeben, weil sämtliche Rathausakten verbrannt sind.

In Calw nimmt das Postamt am 25. September den Dienstbetrieb wieder auf. Die Schulen werden am 15. Oktober wieder geöffnet.

Die Kinderschwester hat 125 Kinder zu betreuen. Sie erhält eine Hilfskraft.

Von Angehörigen des verstorbenen Stammheimer Pfarrers Lempp veranlaßt, wird ein Aufruf von den Kanzeln im Kirchenbezirk verlesen. Alles Mögliche wird gespendet, von Kleidern bis zum Güllenfaß. Die Gegenstände werden im Pfarrhaus gelagert und in der Turnhalle des Erziehungsheims Stammheim an die Brandgeschädigten versteigert. (Die Geschädigten sind in den Akten immer als „Abgebrannte“ bezeichnet).

Am 9. Juni 1945 wird beschlossen, eine Dreschmaschine bei Beginn der Ernte für die Brandgeschädigten aufzustellen.

Wegen Streunot in den Ställen wird ein „Streutag“ festgesetzt, an dem im Gemeindegeld Einstreu für die Ställe zusammengerechnet wird.

Im Juli/August 1945 werden wegen der großen Wohnungsnot zirka 13 Wohnbaracken und Flakhäuschen aufgestellt, die vorher teils als Unterkunft für Zwangsarbeiter und für die Flaksoldaten gedient hatten. Das Wichtigste ist den Wohnungslosen eine eigene Küche.

M.K. berichtet: *„Beim Zusammenbauen bürsteten wir jedes Brett mit heißem Wasser ab. Da schwammen die Wanzen und das Ungeziefer nur so davon. Als wir darin wohnten, war das Dach so undicht, daß die Betten naß wurden. Da sollte man auch noch Miete zahlen. Der Fußboden bestand nur aus Brettern 40 cm über dem Gelände. Im Winter war er deshalb furchtbar kalt.“*

Aus einer kirchenmusikalischen Veranstaltung in Calw wird den Geschädigten eine Spende von 1575 Mark übergeben.

Die Gemeinde stellt zur Überdachung der Keller Bretter zur Verfügung.

Verständlich ist, daß auf dem Land jede Familie versucht, Nutzfläche zur Selbstbewirtschaftung zu erhalten, auch in Stammheim. Raine, Öden,



Feld- und Waldwege werden von Nichtlandwirten genutzt, um Ziegen halten zu können. Auch die steilsten und magersten Raine werden zum Mähen versteigert. Manchem wird der ersteigerte Feldweg nachts abgemäht.

Städter kommen zum Ährenlesen auf die abgeernteten Äcker.

Wie schlecht die Versorgungslage auf allen Gebieten ist, zeigt auch folgende Kleinigkeit: Den Brandgeschädigten werden Knäuel Bindfaden zum Säckeflicken zugeteilt. Ein Knäuel muß unter zwei bis drei Familien verteilt werden.

Der Stammheimer Chr. Eisenbeis besitzt noch einen Lastwagen. Er ist deshalb ein gefragter Mann und muß viele Lebensmittel und Baustoffe transportieren. Auch Heidelbeerfahrten in die Waldorte sind wichtig. Die dortigen Bewohner haben eine Mordswut und schimpfen die Stammheimer „Heidelbeersäu“.. weil sie im fremden Wald Heidelbeeren sammeln. Der

Lastwagen fährt mit Holzgas, da es kein Benzin gibt. Dazu muß der Gaskessel am Lastwagen immer wieder mit Holz (8x8x4 cm) aufgefüllt werden. Wenn über die Zonengrenze gefahren wird, müssen die Mitfahrer immer Zigaretten, Schnaps, Fleisch und Wurst mitnehmen, um die Kontrollposten an der Grenze günstig zu stimmen, falls keine Fahrgenehmigung (Passierschein) erteilt ist. Einmal wird der Lastwagen von den Franzosen eingezogen und später defekt stehengelassen.

Am 4. November 1945 wird die Neuplanung des abgebrannten Dorfteils den Geschädigten vorgestellt. Im Dezember wird die Baulandumlegung beschlossen.

Der historische Ortskern von Stammheim war viel zu dicht bebaut gewesen. Dies hatte zu vielen Streitigkeiten geführt. Man nannte solche Häuser deshalb „Händelhäuser“. Es gab Küchen, die von drei Familien gemeinsam benutzt wurden. Nach dem Brand war es klar,



*Blick am 1.8.1946 von der Burggasse aus. Foto: Karl Gommel*

daß eine ganz neue großzügige Grundstückseinteilung geschaffen werden mußte, die Baulandumlegung. Die Hauptstraße wurde verbreitert, die Holzbronner Straße begradigt, der Bach verdolt. Als Neuland stand der „Egert“ (Windhof) zur Verfügung.

Die „Landesdirektion des Innern“, später „Landesregierung in Tübingen“, war für alle Baumaßnahmen zuständig. Von dort gab es die dringend notwendigen finanziellen Zuschüsse.

Ein Bebauungsplan wurde aufgestellt. Der „Baulandumlegungsausschuß Wiederaufbau Stammheim“ mußte abklären: Wer zieht ins Neulandgebiet Egert? Wer will nicht mehr bauen? Wer erhält zur vorhandenen Fläche eine Mehrzuteilung, damit das Grundstück groß genug ist oder wem wird Fläche weggenommen und mit Geld entschädigt? Bauern erhielten größere Bauplätze. Wie man es sich denken

kann, war da eine große Aufregung im Ort. Keiner wollte zu kurz kommen. Unzählige Grenzverhandlungen waren erforderlich, bis 1953 ging dies fort. Mancher ist bis heute unzufrieden.

Aus Protokollen: „Der Eigentümer kann sich heute wieder nicht zur Zustimmung entschließen.“ - „Er hat die Unterschrift verweigert.“ - „Die Bedenkzeit ist verstrichen.“ - „Sein unnachgiebiges Verhalten schädigt das öffentliche Wohl.“ - „Sein Widerstand trägt zur Verlängerung des öffentlichen Notstandes bei.“ - Einer nannte die Mitglieder des Ausschusses Lügner und Betrüger.

1946 gibt es gleich 60 Bauwillige, aber wegen Baustoffmangel können höchstens 8 bauen. Am 4. Mai 1946 wird den brandgeschädigten Gemeinden Deckenpfronn, Stammheim, Feldrennach und Haiterbach ein Sonderkontingent von 50 to Zement für den Wiederaufbau



*Eine Wohnbaracke mit drei Wohnungen in der Friedensstraße in Stammheim und die Familie Kuonath, die hier von 1947 bis 1956 wohnte.*

zerstörter landwirtschaftlicher Anwesen zugeteilt.

P.D. berichtet: „Zum Betonieren wurde Schotter benötigt. Wir erfuhren, daß im Enztal (bei Höfen?) oder im Eyachtal, eine Steinschlagmaschine stehe. Dort sagte jemand, wir könnten sie mitnehmen. So fuhren wir mit dem schweren Gerät heim nach Stammheim. Die Maschine hatte vier breite Eisenräder, eine lange Siebtrommel, ein Blechdach und eine Lenkung ähnlich den fahrbaren Bandsägen. Der ursprüngliche Besitzer hat sich bis heute nicht gemeldet.“ Im Dorf wurde die Maschine an die Baustellen gefahren. Die auf den Feldern und Steinriegeln im Wald gesammelten Kalksteine wurden durch die Maschine zu Schotter verarbeitet. Das rhythmische Schlagen der Maschine und des Langhubermotors hörte man im ganzen Dorf.

Bürgermeister Kirchherr, Nachfolger von Gugeler, mußte an eine höhere Stelle schreiben, weil die Zimmerleute die dringend benötigten Nägel nicht erhalten konnten.

September 1946: Die Dachziegelbeschaffung ist das größte Problem. „Für einen im Rohbau erstellten Neubau soll eine Beschlagnahme durch das Landratsamt für die bei der Fa. Zeiher Möbelfabrik Althengstett lagernden Ziegel erfolgen.“

Die Schüler der oberen Klassen kommen mit dem Lehrer und helfen beim Dachdecken.

P.D. berichtet: „Bürgermeister Gugeler, gleichzeitig Hausvater des Kinderheims, war es, der mit Tatkraft und seinem Idealismus der Gemeinde wieder neue Hoffnung gab. Sein Einsatz beim Wiederaufbau war ohne Beispiel. In der großen Not hat er mit Geschick und großem Mut bei der Besatzungsmacht viele Vorteile für die Abgebrannten und die ganze Gemeinde erreicht. Auch als Vorsitzender des Umlegungsausschusses „Wiederaufbau Stammheim“ hatte er Schwerstarbeit mit vielen Verhandlungen zu leisten. (Es wurde ihm dann vorgeworfen, er vernachlässige das Kinderheim). Auch in Kreisbaumeister Klumpp hatten wir eine große Hilfe.“

„Die Stammheimer wurden besonders auch durch Fabrikant Schmid von der Baumwollspinnerei Kentheim unterstützt. Er ließ eine große Menge Bekleidung, besonders Wollsachen, an das Ziegelwerk Mühlacker bringen. Dafür mußte das Ziegelwerk an die Stammheimer Dachziegel liefern. Damit der Lastzug an der Zonengrenze zwischen Unterreichenbach und Dillweißstein durchkam mußten wir Öl, Butter, Fleisch, Rauchfleisch und besonders Schnaps dem Posten ans Wachhäuschen bringen. Wer also die Lebensmittel von Stammheim lieferte, bekam die Ziegel, das waren meistens die Bauern. Es war auch äußerst wichtig, daß die Landwirtschaft wieder hoch kam, denn damals ging es nur um eines: ums Brot!“

### **Der Kampf ums tägliche Brot**

Dieser Bericht bezieht sich auf die Ausführungen des früheren Leiters des Ernährungsamtes des Kreises Calw, Stephan Assfalg. (Stadtarchiv Calw, Paul Rathgeber. Siehe auch „Heimatbuch Landkreis Calw“ Seite 205, Kreisarchivar Jürgen Rauser.)

Nach dem totalen Zusammenbruch mußte die Versorgung der Kreisbewohner aus kreiseigenen Erzeugnissen erfolgen. Wieder wurden sämtliche Lebensmittel rationiert und Lebensmittelkarten ausgegeben.

Schon als die französischen Truppen einmarschierten, nahmen sie sämtliche Vorratslager in Beschlag. Das Gouvernement berief einen Leiter, der für die Zuteilung der Lebensmittel an die Bevölkerung zuständig war. Dieser mußte aus den von den Franzosen beschlagnahmten Kreisreserven „Lebensmittelfreigaben“ vom Gouverneur erhandeln.

Frischfleisch, Frischmilch, Frischgemüse und vor allem Brot waren sehr knapp. Die Zeit drängte, die Ernährungslage wurde immer kritischer. Die Vorräte der Krankenhäuser, Tbc-Heime und so weiter waren am Ende.

So mußten jetzt Beschlagnahmungen für Franzosen und Deutsche durchgeführt werden. Was irgendwie aufzutreiben war, wurde vom Ernährungsamt beschlagnahmt und herbeigeschafft. Den Landwirten wurde ein Anbausoll nach den jeweiligen Getreide- und Gemüsearten auferlegt.

Konnte das erforderliche Schlachtvieh nicht beigebracht werden, wurden von den Franzosen in der entsprechenden Gemeinde die Ställe durchstöbert und dann auch das zur Haus-schlachtung genehmigte Vieh aus dem Stall gezogen. Das Schlachtvieh war in Klasse A bis D eingeteilt. Klasse A war ausschließlich für die Versorgung der Besatzungsmächte bestimmt.

Im Juni 1945 mußten im Kreis 625 Stück Großvieh an die Besatzung abgeliefert werden, gesammelt auf dem Bahnhof in Calw. Außerdem 500 Tonnen Hafer und Stroh, auch große Fleisch- und Butterlieferungen. Die Schweinebestände wurden im ersten Halbjahr 1945 um zwei Drittel dezimiert.

Die aus den Städten Ausgebombten, die noch bei uns im Kreis untergebracht waren, mußten auch versorgt werden. Kostenlos wurde der Bevölkerung in Notstandsküchen Eintopf-Suppen angeboten. (In den Landgemeinden war dies aber nicht nötig?) Die Unterernährung führte zu Erkrankungen, besonders Tbc. Schließlich erhielt der Kreis Calw „Lebensmittelzugaben“ aus der amerikanischen Zone. Die Landkreise Oberschwabens und der Kreis Münsingen lieferten im kritischen Winter 1945/46 10 000 Doppelzentner Brotgetreide und Kartoffeln und dann monatlich 310 Tonnen Mehl und 25 000 Doppelzentner Kartoffeln.

Durch Hamstern versuchten sich die Menschen zusätzlich Nahrung zu beschaffen. Jeder nur einigermaßen entbehrliche Gegenstand wurde zum Tauschobjekt. Überpreise wurden geboten, zum Beispiel für ein Pfund Butter 500 RM. Das Hamstern und besonders das Schwarz-

schlachten wurde streng verfolgt. Für die Landwirte waren grundsätzlich alle Lebensmittel ablieferungspflichtig. Die französische Gendarmerie ging mit aller Härte vor.

Ein kleiner Landwirt aus einer Kreisgemeinde erhielt wegen unerlaubter Schlachtung eines Ferkels nicht nur Hiebe, sondern wurde auch vier Wochen inhaftiert und mußte dazu noch 1000.-RM Bußgeld bezahlen. Ein Müller mußte 3000.-RM Strafe bezahlen, weil er für einen „Ährensammler“ zwei Ztr. Weizen ohne Mahlerlaubnis gemahlen hatte. Bei einer Hausdurchsuchung wurden bei einer eingemieteten Familie drei Ltr. Speiseöl gefunden und beschlagnahmt. Festgelegte Strafe 100.-RM. Bei der Überprüfung dieses Falles durch das Ernährungsamt stellte sich heraus, daß dieses Öl aus gesammelten Buckeckern stammte. Die Ölgewinnung aus Buckeckern aber hatte das Gouvernement durch Sonderanordnung erlaubt! Somit war die Beschlagnahme unzulässig, aber das Öl war für die Betroffenen weg und nur die Strafandrohung fiel ins Wasser.

P.D. berichtet: *„Ich mußte nach Calw auf die Kommandantur kommen, auf eine Stelle für kriegsbeschädigte Soldaten. Dort gab mir Gouverneur Frénot einen großen Posten Regenmäntel. Eine Frau B. von L. war auch geladen, aber wegen Schwarzschlachten. Diese täuschte eine Ohnmacht vor, fiel um und lag im gleichen Zimmer neben mir auf dem Boden. Da ließ er sie gehen.“*

### **Ausgehzeit von 5—22 Uhr**

**Die Ausgehzeit für die Bevölkerung des Kreises Calw ist ab sofort, bis auf Widerruf, auf die Zeit zwischen 5 Uhr morgens und abends 22 Uhr festgelegt.**

**Für den Verkehr innerhalb des Landkreises Calw werden ab sofort keine Passierscheine mehr benötigt.**

**Le Commandant BOULANGER  
Commandant le Détachement de G.M.  
de Calw**

# Entnazifizierung

Fritz Barth - Bad Wildbad-Calmbach

In der ersten Proklamation der Militärregierung hieß es unter anderem: „Wir werden (...) die Herrschaft der NSDAP vernichten, sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben.“

Gleich mit der Besetzung unseres Kreises durch französische Truppen wurden einflußreiche NSDAP-Mitglieder zunächst nach Calw verbracht und dann im Lager Balingen interniert. Darunter waren viele NS-Funktionäre, Ortsgruppenleiter und auch eine größere Anzahl Bürgermeister aus dem Kreisgebiet, die dort teilweise bis Mitte April 1946 festgehalten wurden.

In der Zwischenzeit wurden vom Staatskommissariat für politische Säuberung sogenannte Spruchkammern eingesetzt. Alle NSDAP-Mitglieder mußten mehrseitige Fragebögen ausfüllen. Danach wurde nach Ermittlung aller für die Entscheidung erheblichen Tatsachen und unter Würdigung der Milderungs- und Verschärfungsgründe der Spruch gefällt. Konkret geschah dies in der sogenannten Entnazifizierung. Die Bevölkerung wurde im Hinblick auf ihre Stellung im „3.Reich“ in fünf Kategorien eingeteilt:

## **Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete.**

Besonders betroffen von den zu diesem Zweck eingerichteten Spruchkammerverfahren waren Mitglieder der NSDAP.

Allein in Calmbach gab es 190 Mitglieder der NSDAP, dazu noch viele weitere Mitglieder der Unterorganisationen wie SA, NSKK, NSFK, NSLB und so weiter. In Wildbad war die NSDAP noch stärker vertreten.

Wie ein Entnazifizierungsverfahren konkret ausgesehen hat, zeigt die Verhandlung gegen den Calmbacher Sägewerksbesitzer und

Gemeinderat Louis B. Besonders der Fragebogen und sein Verteidigungsschreiben vom 6.9.1945, das im Calmbacher Archiv als Zeitdokument vorhanden ist, gibt über die damaligen Vorgänge Auskunft. Sicher müssen an dem Schreiben Abstriche gemacht werden, da damals jeder sich rein waschen wollte, so gut es ging. Das umfangreiche Verteidigungsschreiben hat sinngemäß folgenden Inhalt: „Er sei, so schrieb Louis B., von 1924 bis zum Parteiverbot 1933 Mitglied und Ortsgruppenvorsitzender der Demokratischen Partei in Calmbach gewesen. In den Gemeinderat sei er 1925 und 1931 mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, nach der Machtübernahme durch die NSDAP jedoch sofort aus dem Gemeinderat entlassen worden. Von der Calmbacher NSDAP-Ortsgruppe wurde er nach seinen Angaben in persönlicher und geschäftlicher Hinsicht aufs schärfste bekämpft und war immer wieder Schikanen unterworfen. Daß ihm, wie er schrieb, 1936/37 zwei seiner Pferde durch Arsenik vergiftet worden seien, ist jedoch unglaubwürdig. Dies wäre im Ort sicher bekannt geworden. Weiter gab er an, daß er führende NSDAP-Mitglieder transportieren mußte, da ihm sonst sein PKW abgenommen worden wäre. Ebenso habe er bei Wahlen seinen PKW den ganzen Tag zur Verfügung stellen müssen.

Wie er NSDAP-Mitglied wurde, sei im folgenden mit seinen eigenen Worten zitiert: „Im November 1938 wurde ich zur NSDAP-Kreisleitung nach Calw bestellt. Dort machte mir der Kreisleiter nach sehr ernstlichen Auseinandersetzungen den Vorhalt, ich hätte feindselige Äußerungen gegen Hitler und die Partei gemacht, was ich zugeben mußte. Ferner sei erwiesen, daß ich trotz Verbot mit zwei jüdischen Firmen in Verbindung sei, und zwar mit der Firma Gebr. Rosenberg, Köln und der Firma Fuchs Söhne, Karlsruhe-Rheinhafen. Dies mußte ich ebenfalls zugeben.

Der Kreisleiter drohte mir, daß ich mit meiner Familie mein Werk verlassen müsse, wenn ich nicht meine feindselige Einstellung aufgeben

würde. Lediglich unter der Berücksichtigung, daß mein Vater mit dem Vater des Kreisleiters befreundet war, wurde von den strengen Maßnahmen Abstand genommen, unter der Voraussetzung, daß ich der NSDAP beitrete. Es wurde mir eine Bedenkzeit von einer halben Stunde gewährt und erklärt, ich könne es halten, wie ich es wolle.

Hierauf äußerte ich, daß ich unter allen Umständen die Pflicht hätte, meinen Grundbesitz zu retten, welcher seit dem Jahr 1820 im Besitz unserer Familie sei und es blieb mir nichts anderes übrig als Parteimitglied zu werden. Allerdings machte ich zur ausdrücklichen Bedingung, daß ich nie für die Partei tätig sein müsse und auch nicht verpflichtet sei, eine Parteiversammlung zu besuchen.

Der Kreisleiter war mit meinen Vorschlägen einverstanden und bemerkte, ich müsse aber an den Geburtstagen des Führers erscheinen. Diese Verpflichtung habe ich eingehalten, allerdings unter der weiteren Zusatzbedingung, daß ich mich dabei nicht mit den hiesigen Parteimitgliedern zusammensetzen müsse, sondern für mich bleiben könne. Nach Beendigung der Veranstaltungen habe ich jedesmal sofort das Lokal verlassen.

Ich war dauernd unter Kontrolle, und es wurden mir bis zum Schluß Schwierigkeiten gemacht, wo dies möglich war, zumal ich grundsätzlich nie in meinem Betrieb mit „Heil Hitler“ grüßte und auch meine Korrespondenz, soweit es sich nicht um Parteistellen handelte, nie mit diesem Gruß unterschrieben habe.

Ich stelle mich rückhaltlos hinter die Militärregierung und erkläre ausdrücklich, daß ich nach wie vor demokratisch eingestellt bin. Ein Beweis dafür ist auch, daß ich vor zwei Monaten erneut in den hiesigen Gemeinderat berufen wurde.“ Von der Spruchkammer wurde L.B als „entlastet“ eingestuft.

Seine demokratische Einstellung und die Distanz zum nationalsozialistischen Regime waren dem damaligen Bürgermeister R.M. bekannt. Deshalb wurde L.B. 1945 als einziger Nicht-Sozialist in das Rathaus-Komitee (antifaschistischer Vertrauensrat) berufen.

41. NSDAP	ja	Nov. 38	45
42. Allgemeine SS	nein		
43. Waffen-SS	nein		
44. Sicherheitsdienst der SS	nein		
45. SA	nein		
46. HJ einschl. BDM	nein		
47. NSDStB	nein		
48. NSDoB	nein		
49. NS Frauenschaft	nein		
50. NSKK	ja	1933 ca. 3	8
51. NSFK	nein		Tätig
52. Reichsb. der deutschen Beamten	nein		
53. DAF	ja	1935	45
54. KdF	nein		
55. NSV	ja	1938	45
56. Ns Reichsb. deutsch. Schwestern	nein		
57. NSKOV	nein		
58. NS Bund Deutscher Technik	nein		
59. NS Ärztenbund	nein		
60. NS Lehrerbund	nein		
61. NS Rechtswahrerbund	nein		
62. Deutsches Frauenwerk	nein		
63. Reichsbund deutscher Familie	nein		
64. NS Reichsb. für Leibesübungen	nein		
65. NS Altherrenbund	nein		
66. Deutsche Studentenschaft	nein		
67. Deutscher Gemeindetag	nein		
68. Reichsdozentenschaft	nein		
69. NS Reichskriegerbund	ja	1937	45
70. Reichskulturkammer	nein		
71. Reichsschrifttumskammer	nein		
72. Reichspressekammer	nein		
73. Reichsrundfunkkammer	nein		
74. Reichstheaterkammer	nein		
75. Reichsmusikkammer	nein		
76. Reichskammer d. bildend. Künste	nein		
77. Reichsfilmkammer	nein		
78. Amerika-Institut	nein		
79. Deutsche Akademie München	nein		
80. Deutsches Auslandsinstitut	nein		
81. Deutsche Christen-Bewegung	nein		
82. Deutsche Glaubensbewegung	nein		
83. Deutscher Fichte-Bund	nein		
84. Deutsche Jägerschaft	nein		
85. Deutsches Rotes Kreuz	nein		
86. Ibero-Amerikanisches Institut	nein		
87. Institut zur Erforschung der Judenfrage	nein		
88. Kameradschaft USA	nein		
89. Osteuropäisches Institut	nein		
90. Reichsarbeitsdienst (RAD)	nein		
91. Reichskolonialbund	nein		
92. Reichsluftschutzbund	nein		
93. Staatsakademie für Rassen- und Gesundheitspflege	nein		
94. Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA)	nein		
95. Werberat d. Deutschen Wirtsch.	nein		
Others (Specify) andere:			

Eine Liste aus dem Entnazifizierungs-Fragebogen Seite 3 mit der Fülle der verschiedenen Organisationsformen im dritten Reich.

**Staatskommissariat  
für die politische Säuberung**  
Kreisuntersuchungsausschuß  
Calw

Calw, den 1. Okt. 1948  
Marktplatz 20  
Telefon: 273

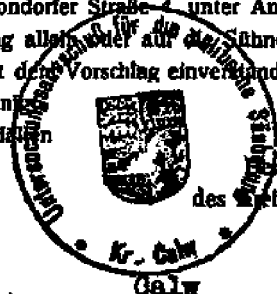
Az.: 3/S 1002/48

Herrn  
Wilhelm Gutekunst  
Haiterbach  
Graben 32

In Ihrer Entnazifizierungssache wird Ihnen untenstehend der Vorschlag des Kreisuntersuchungsausschusses gegen Sie samt Gründen übersandt.

Falls Sie Einwendungen gegen ihn vorbringen wollen, sind diese sofort und mit etwaigem weiteren Entlastungsmaterial an den Spruchhof Tübingen-Lustnau, Pfondorfer Straße 4 unter Angabe des Aktenzeichens einzureichen. Die Einwendungen können auf die Eingruppierung allein oder auf die Sühnemaßnahmen allein oder auf einzelne Sühnemaßnahmen beschränkt werden. Falls Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind, ist auch dies dem Spruchhof mitzuteilen. Dadurch wird das Verfahren beschleunigt.

Die Endentscheidung wird die Spruchkammer fällen.



*Reibisch*  
Geschäftsstellenleiter  
des Kreisuntersuchungsausschusses

Geschehen am 20. 8. 48 in Calw

Anwesend: Franz Dagne als Vorsitzender  
/ als Vertreter des Staatskommissariats  
Alfred Reibisch als Protokollführer

Der Betroffene - ~~Wilhelm Gutekunst~~ ~~REIBISCH~~

In der Entnazifizierungs- ~~Einstufungs-Verfahren~~ - Sache des(r)  
Wilhelm Gutekunst

hat der Kreisuntersuchungsausschuß in seiner Sitzung vom 20. 8. 48 nachstehenden Spruch einstimmig - ~~mit Einstimmigkeit~~ beschlossen der hiermit Verkündet wird.

**SPRUCH**

Nach Ermittlung aller für die Entscheidung erheblichen Tatsachen (Art. 27 RAO.) und unter Würdigung aller Milderungs- und Verschärfungsgründe (Art. 11 RAO.)

1. Gutekunst ist von der RAO z. pol. Sbg. v. 25. 4. 47  
n i c h t b e t r o f f e n .

Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

2. Begründung: Es war festzustellen, daß der Betroffene nicht Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen war.

*Dagne*  
Der Vorsitzende

*Reibisch*  
Der Protokollführer

aus dem Heimatbuch der Gemeinde Haiterbach

# Die Justiz in der Besatzungszeit

Hermann Scheurer - Nagold

## A) Die Militärgerichtsbarkeit im Kreis Calw

Zu den vorrangigen Maßnahmen der Militärregierung nach der Besetzung gehörte die Neuordnung des Justizwesens. In seinem ersten Aufruf „An das deutsche Volk“ vom 7.5.1945 kündigte der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, General Eisenhower, unter anderem folgendes an: „Alle deutschen Gerichte, Schulen und Universitäten innerhalb der besetzten Gebiete werden einstweilen geschlossen. (..) Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Straf- und Zivilgerichte wird genehmigt, sobald die Bedingungen es zulassen. (..) Die höchsten gesetzgebenden, richterlichen und vollziehenden Befugnisse und Gewalten in dem besetzten Gebiete stehen mir als dem obersten Befehlshaber der alliierten Streitkräfte und als Militärgouverneur zu. Die Militärregierung ist eingesetzt, um diese Gewalt unter meiner Leitung auszuüben.“

In der unmittelbaren Folgezeit wurden grundlegende Änderungen im Justizwesen verfügt. Dazu gehörte die Aufhebung des nationalsozialistischen Rechts. Alle wesentlichen, seit dem 30.1.1933 erlassenen Gesetze, sowie alle Ergänzungs- und Ausführungsgesetze wurden für ungültig erklärt. Auch die Auslegung oder Anwendung des bereits früher bestehenden Rechts nach nationalsozialistischen Lehren wurde verboten. Anklagen durften nur erhoben, Urteile nur erlassen und Strafen nur verhängt werden, wenn ein zur Zeit der Begehung der Handlung in Kraft befindliches Gesetz die Handlung ausdrücklich für strafbar erklärt hatte. Aber selbst dann konnte die Militärregierung in die Strafverfolgung eingreifen, wenn es ihr erforderlich schien.

Eine Besonderheit der Militärgerichtsbarkeit waren die Kollektivstrafen. So konnte der Bürgermeister oder sonstige Repräsentant einer Gemeinde als Vertreter der Bewohner dieser Gemeinde wegen jeder strafbaren Handlung angeklagt und verurteilt werden, für welche, wie es hieß, „die Einwohner oder eine erhebliche

Zahl derselben vermutlich kollektiv verantwortlich sind. Die Gemeinde kann mit einer Gesamtgeldstrafe belegt werden, falls die genannten Personen in ihrer Vertretereigenschaft verurteilt worden sind und Gesamtverantwortlichkeit festgestellt worden ist.“ So wurde die Stadt Calw am 7. Juni 1945 mit einer Geldstrafe von 10 000 Mark belegt, weil ein deutscher Soldat sich in der Stadt aufhielt, der sich nicht vorschriftsgemäß gemeldet hatte.

In einem andern Fall ebenfalls in Calw wurde der Stadt eine harte Bestrafung angedroht, weil eine französische Fahne verschwunden war. Die Stadt setzte für den Finder eine Belohnung von 5 000 Mark aus. Nach 2 Tagen wurde die Fahne wieder aufgefunden. Der Finder erhielt außer seinem Lohn noch eine Schwerarbeiterzulage, was damals eine wichtige Sache war. Der Calwer Bürgermeister forderte im ersten Nachrichtenblatt vom 7. Juni die Bevölkerung eindringlichst auf, jede feindselige Handlung oder jedes Nichtbeachten der Anordnungen der Militärbehörden zu unterlassen. Dies könne zu schwerwiegenden Repressalien gegenüber der Einwohnerschaft führen und sei keine Heldentat, sondern entweder Dummheit oder Verbrechen. Jedermann habe die unbedingte Pflicht, Elemente, welche die öffentliche Ordnung stören, rücksichtslos zur Anzeige zu bringen. Natürlich bestand dabei auch die Gefahr der Denunziation.

Im Juni 1945 wurden noch folgende weitere Anordnungen für das Rechtswesen erlassen:

- 1) Alle Sondergerichte zum Beispiel Volksgerichtshof und so weiter werden abgeschafft.
- 2) Die ordentlichen und Verwaltungsgerichte werden vorübergehend geschlossen.
- 3) Die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit wird durch die Militärregierung bestimmt.
- 4) Niemand kann als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren, wenn er



nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat.

5) Niemand kann als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren, solange er nicht den folgenden Eid geleistet hat: *„Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen, daß ich die Gesetze jederzeit zu niemandes Vorteil und zu niemandes Nachteil, mit Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber jedermann, ohne Rücksicht auf Religion, Rasse, Abstammung oder politische Überzeugung anwenden und handhaben werde, daß ich die deutschen Gesetze und alle Rechtsvorschriften der Militärregierung sowohl ihrem Wortlaute, als auch ihrem Sinne nach befolgen werde und daß ich stets mein bestes tun werde, um die Gleichheit aller vor dem Gesetz zu wahren. So wahr mir Gott helfe.“*

### Urteile des Calwer Militärgerichts

Seit August 1945 wurden in den Kreisen Militärgerichte errichtet. Ihre Mitglieder waren Offiziere der alliierten Streitkräfte. Berater konnten von ihnen beigezogen werden. Alle Todesurteile mußten durch den obersten Befehlshaber der alliierten Streitkräfte bestätigt werden.

Im folgenden einige Gerichtsverhandlungen und Urteile des einfachen Gerichts der Militär-

regierung in Calw. Die Verhandlungen gingen auf französisch vor sich und wurden ins deutsche übersetzt. Dabei kam es einmal vor, daß der damalige Kommandant Frénot, der in Österreich und Deutschland aufgewachsen war und perfekt deutsch sprach, die Verhandlung auf deutsch weiterführte, da der Dolmetscher der Sache allem Anschein nach nicht gewachsen war. (Mitteilung eines damaligen Zuhörers an den Verfasser).

Verhandlung vom 27.10.1945

1) Zwei deutsche Offiziere hatten es unterlassen, nach ihrer ordnungsgemäßen Entlassung sich bei einer alliierten Behörde zu melden. Davon hatten sie angeblich nichts gewußt. Sie hatten sich nur bei ihrem Bürgermeister gemeldet. Für jeden 100 Mark Geldstrafe.

2) Eine Näherin aus Hirsau hatte einem französischen Offizier einen Brillantring im Wert von 1 800 Mark angeboten, um die Freigabe ihres inhaftierten Bruders zu erreichen. Sie bekam 6 Monate Gefängnis.

3) Eine Rote-Kreuz-Schwester war wegen Mithilfe bei der Flucht eines Kriegsgefangenen angeklagt. Der Fall wurde an das nächsthöhere Gericht verwiesen.

4) Ein Fall von illegalem Waffenbesitz; wurde



Die französische Gendarmerie (Militärpolizei) in der Nagolder Markstraße. Quelle: Paul Seeger, Nagold

an das nächsthöhere Gericht verwiesen.

5) Ein Einwohner von Nagold, ein Schweizer Staatsbürger, erhielt wegen Nichtangabe von Warenbeständen, Preisüberschreitungen, Schwarzhandel und Urkundenfälschung 6 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Die nicht gemeldeten Warenbestände wurden beschlagnahmt.

6) Mehrere Fälle von Reisen ohne Passierschein: je 25 Mark Geldstrafe.

7) Bedrohung und Beleidigung französischer Soldaten: Angeklagt war ein Schmiedemeister von Gräfenhausen. Die Soldaten hatten vor seinem Anwesen Fußball gespielt und dabei eine Fensterscheibe zertrümmert. Im Zorn darüber hatte sich der Angeklagte mit Hammer und Schmiedezeuge vor seine Werkstatt gestellt und sich erregt gegen den ihm zugefügten Schaden verwahrt, wobei er beleidigende Worte gebrauchte. Urteil: 6 Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe.

8) Verhandlung gegen 2 Evakuierte: Verstoß der Körperverletzung an (französischen) Kindern. Einer der Angeklagten, ein Hirnverletzter, hatte einem Jungen eine Ohrfeige versetzt, um einer durch eine Kinderschar bedrängten Geschäftsfrau zu Hilfe zu kommen. Durch eine unglückliche Bewegung gegen die Hauswand zog sich das geschlagene Kind eine Rißwunde über dem rechten Auge zu und mußte in ärztliche Behandlung, wobei der Angeklagte selbst Hilfe leistete. Urteil: 14 Tage Gefängnis.

9) Ein durch (französische) Kinder verärgerter Angeklagter aus Bad Liebenzell hatte einem unbeteiligten Kind einen Stockschlag auf den Rücken versetzt, sodaß es blutete. Strafe: 2 Monate Gefängnis. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß die Nationalität des geschlagenen Kindes, die dem Angeklagten nicht bekannt gewesen war, ohne Einfluß auf das Strafverfahren gewesen sei.

### **Verhandlung vor dem Militärgericht Calw am 7.12. 1945**

Anklage gegen einen Güterbeförderer, der versucht hatte, in seinen Besitz übergegangenes

Wehrmachtsgut, das er nicht angemeldet hatte, auf einem Lastkraftwagen nach Pforzheim zu befördern. Strafe: 3 Monate Gefängnis und 1 000 Mark Geldstrafe.

2) Ein Kaufmann hatte aus einem ehemaligen Calwer Rüstungsbetrieb wertvolles Werkzeug gekauft, aber nicht bezahlt. Er verweigerte die Rückgabe. Strafe: 6 Monate Gefängnis, 1 000 Mark Geldstrafe.

3) Ein 15-jähriger ehemaliger Reichsbahnarbeiter hatte aus dem Eisenbahntunnel bei Althengstett ein 22 kg schweres Paket mit Filz entwendet, das aus einem dem französischen Staat gehörigen Lager stammte. Man ließ Milde walten. Strafe: 1 Monat Gefängnis mit Bewährung.

4) 3 Arbeiter aus Calmbach hatten beim Bau eines Schuppens Material und Werkzeug, das der französischen Armee gehörte, entwendet und das gestohlene Gut - es handelte sich um geringe Mengen - nach erfolgter Anzeige zurückgegeben. Strafe: in 2 Fällen 1 Monat Gefängnis ohne, in 1 Fall 1 Monat mit Bewährungsfrist.

5) Anklage gegen einen 16-jährigen Schüler aus Nagold wegen illegalem Waffenbesitz. Die Anklage wurde fallen gelassen, weil es sich bei der fraglichen Waffe um ein feststehendes Messer normaler Größe handelte. Das Gericht verhängte jedoch gegen den Schüler eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten, weil er nicht die gebotene Achtung gegenüber Angehörigen der französischen Armee gezeigt hatte.

6) Ein Kaufmann aus Calw hatte sich wegen tendenziöser Äußerungen, die geeignet waren, dem Ansehen der französischen Armee zu schaden, zu verantworten. Erschwerend fiel ins Gewicht, daß der junge Mann zur Zeit seiner Äußerungen in französischem Dienst war. Der Angeklagte wollte die Äußerungen nur getan haben, um Frankreich zu verteidigen. Das Urteil: 3 Monate Gefängnis.

7) 3 Jungen im Alter von 12 bis 14 Jahren hatten in Neuenbürg nach Einbruch der Dunkelheit ein „aufreizendes Plakat“ mit Bezug auf die Führung des 3. Reiches an der Rathhaustafel angeschlagen. Wegen des Versuchs politischer

Unruhestiftung wurden sie angeklagt. Die 3 Jungen wurden in ein Straflager nach Frankreich überführt. Der Vater des Helmut R. wurde mit sofortiger Wirkung von seinem Amt suspendiert; die Mutter des Friedrich F. kam wegen Anstiftung zu der Tat vor ein Militärgericht; die Mädchen Margret S. und Lore X. hatten das Plakat gelesen, den Inhalt weiterverbreitet, anstatt die Behörden zu verständigen. Sie kamen wegen Nichtbeachtung der Gesetze ebenfalls vor das Militärgericht.

Die beiden Mädchen hatten den Anschlag gelesen und darüber gesprochen, anstatt durch Anzeige bei der Polizei für dessen sofortige Entfernung zu sorgen, Die Hauptschuld an dem ebenso törichten wie verantwortungslosen Vorfall war der Mutter des Jüngsten der Jugendlichen zuzumessen. Sie hatte auf einer Reise ins Badische in Langensteinbach ein ähnliches Plakat gesehen und, angeblich um ihre Kinder zu warnen, davon im Familienkreis erzählt. Die Jugendlichen sagten bei ihrer Vernehmung aus, daß sie einen dummen Streich begangen hätten, ohne sich der Tragweite ihres Handelns bewußt gewesen zu sein. Das Gericht verurteilte die Jungen zu der obenerwähnten

Strafe, einer 6-monatigen Internierung in einer Spezialechule; die Kosten hierfür gingen zu Lasten ihrer Familien. Für ihren unglücklichen „Erziehungsversuch“ erhielt die Mutter, welche durch ihre Erzählung den Vorfall erst herbeigeführt hatte, wegen Weiterverbreitung des Anschlages eine Gefängnisstrafe von einem Monat, während 2 der Väter mit einer Gefängnisstrafe von 15 Tagen mit Bewährungsfrist und die beiden Mädchen mit dem gleichen Strafmaß davon kamen.

Ein Junge bekam eine Belohnung, weil er wahrheitsgemäß ausgesagt hatte. Nur dem Umstand, daß die Täter sofort festgestellt werden konnten, war es zu verdanken, daß der Stadt schwere Strafmaßnahmen erspart geblieben sind.

## **B) Das deutsche Gerichtswesen in der Besatzungszeit**

Im Oktober 1946 fanden zum ersten Mal seit Kriegsende wieder reguläre Gerichtsverhandlungen am Nagolder Amtsgericht statt, nachdem das Gerichtsgebäude freigegeben, das Gefängnis wiederhergestellt und mit Dr. Otto



*Die Südansicht des heutigen Amtsgerichts mit dem Eingang in der Bahnstraße.  
Als Zehntscheuer 1799 in Nagold erbaut; 1851 wurde es zum Amtsgericht umgebaut.*

Glatz ein neuer Amtsvorstand eingesetzt worden war.

Weitaus die meisten Fälle betrafen Diebstahl, Einbruch, Schwarzhandel und andere Delikte, die mit der damaligen großen Notlage, besonders im Ernährungsbereich, in Zusammenhang standen. Gestohlen wurde „grundsätzlich alles, was nicht niet- und nagelfest“ war, wie es in einem Zeitungsbericht heißt, und an anderer Stelle: „Seit dem Zusammenbruch haben sich die Eigentumsdelikte in erschreckendem Maße gehäuft. Die demoralisierende Wirkung, die der Krieg gehabt hat, zeigt sich nicht zuletzt darin, daß viele Leute „mein“ und „dein“ nicht mehr unterscheiden können.“

So kam es häufig vor, daß Hasen, Hühner, Schafe und Schweine aus den Ställen oder von der Weide gestohlen, Kartoffeln auf den Feldern ausgegraben, Obst von den Bäumen geholt und aufbereitetes Brennholz aus den Wäldern abgeführt wurden. Auf seiten der bäuerlichen Erzeuger waren Schwarzschlachten, Milchpanschen, illegaler Tauschhandel, falsche Angaben über den Viehstand häufig Gegenstand von Gerichtsverhandlungen.

Im folgenden einige typische Fälle, wie sie vor dem Amtsgericht in den Jahren 1946/1947 verhandelt wurden (nach Zeitungsberichten):

Ein in den 30-er Jahren stehender Mann aus A. hatte im vorigen Herbst in Bösing 20 Pfund Roggen von einem Fuhrwerk heruntergeholt und mitgenommen. Ferner hatte er sich in Bösing und auch in Rotfelden in Bauernhäuser eingeschlichen und einmal 60 Pfund Saatroggen, ein andermal 30 Pfund Schwarzmehl gestohlen. Er erhielt 8 Monate Gefängnis.

Eine Landwirtsehefrau, die über einen längeren Zeitraum Rahm von der Milch abgeschöpft und Wasser zugeschüttet hatte, erhielt eine Geldstrafe von 500 Mark.

Ein Fuhrmann und eine 40 Jahre alte Hausfrau hatten zum Teil gemeinschaftlich einer Nagolder Firma 50 Holzlatten, 15 Reisigbündel und einige Körbe voll gespaltenes Holz gestohlen. Der Mann erhielt wegen Rückfalldiebstahls 3 Monate Gefängnis, die Frau 50 Mark Geldstrafe. - Die gleiche Frau hatte sich nochmals zu verantworten. Sie hatte einige

Ofenrohre und einen Waschkessel, die ihr als Mieterin vom Eigentümer überlassen worden waren, gegen Lebensmittel eingetauscht. Dafür erhielt sie eine Geldstrafe von 100 Mark.

Ein Pferdeknecht hatte seinen Dienstherrn 25 - 35 Pfund Brotfrucht und 1 Zentner Kartoffeln gestohlen und seiner Geliebten nach Nagold gebracht. Er erhielt 1 Monat Gefängnis.

Ein Mann hatte 30 Pfund Zwiebel und 70 Pfund Äpfel auf fremdem Eigentum geerntet. Er mußte 200 Mark Strafe bezahlen.

Ein in einem Nagolder Hotel angestellter Konditorlehrling stahl dort 40 Pfund Schwarzmehl, 25 Glühbirnen, Bettwäsche und 50 Rollen Klosettpapier. Außerdem stahl er einem Angehörigen der Besatzungsmacht aus dessen Mantel ein Paar Lederhandschuhe. Strafe: 3 Monate Gefängnis.

Eine Bauersfrau hatte bei der Viehzählung 8 Hühner nicht angegeben. Sie mußte 80 Mark Strafe bezahlen.

Eine aus dem Rheinland stammende Frau war im Besitz von Lebensmittelmarken der Stadt Mannheim, die aber entwertet waren. Nun leerte sie - ob absichtlich oder aus Versehen, das konnte nicht geklärt werden - ein Tintenfaß darüber. Der Aufdruck „entwertet“ war nicht mehr lesbar, und so konnte sie Fett und Nahrungsmittel einkaufen. Man kam aber doch auf den Betrug und verurteilte sie zu 300 Mark Geldstrafe.

Einen besonders üblen Trick erlaubte sich ein Mann, der einer Bauersfrau erzählte, ihr in Gefangenschaft befindlicher Mann sei aus der Gefangenschaft entflohen und befinde sich bei seiner Schwester. Er benötige Kleider, Schuhe und Geld. Die gutmütige Frau gab dem Betrüger alles, was sie auftreiben konnte. Er erhielt 5 Monate Gefängnis.

Mit der Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse, besonders nach der Währungsreform im Juni 1948 wurden solche und ähnliche Delikte sehr viel seltener.

## Schultes en Höfe - enere schwere Zeit

Kurt Neuweiler - Höfen

Wer heut Schultes isch, der hot's net leicht,  
doch, wenn mr's mit dem von anno 45 vergleicht,  
no isch des a Nosewasser, s'isch net zom fasse,  
was so an Mensch hot müeße mit sich mache lasse.  
Do wirsch Schultes von heut uff morge, eifach so,  
weil der wo's mache soll, isch nemme do.

D'Franzose kommet on schreiet noch Le Maire,  
hauet s'Sach uff am Rothaus zamme, i blair.  
S'Geld nemmet se aus de Kaß, 11 800 M fehlet.  
On überall schreit's : die stehlet,  
noi se nemmets ganz ogeniert  
on saget dofür requiriert.  
Schultes, komm on guck omole her,  
mei ganzr Hühnerstall isch leer,  
meine Hase, mei Gaul, mei Auto, mei Uhr hense gnomme,  
s'Eidenschtet, de Wei, meine Briefmarke, dörrte Pflomme,  
Reng, Hemmeder, mei Spiegel, on no me Sache,  
Schultes, könnet die eifach alles mit ons mache?

Wo ist le Maire? schreiben Sie!  
Alle Männer von 15 bis 60 zum Rathaus kommen.  
Alle Radios, Photos und Waffen werden abgenommen.  
Wir brauchen Häuser für französisch Offizier.  
Wieviel Parteigenossen gibt es hier?  
Jeder Offizier hat Anspruch auf Personal,  
Köchin, Putzfrau, Kindermädchen, was kostet? egal.  
Ausgangssperre für alle die ganze Nacht,  
erschossen wird, wer darauf nicht acht.  
Soldaten in Halle und Schule schlafen,  
müssen Matratzen und Decken bis heut abend haben.  
Autos müssen bekommen ein Dach,  
für die Offiziere brauchen wir viel Sach,  
Besteck, Teller, Schüssel, Ofen und Pfann,  
dazu kommen Gläser, Tass, Tisch und Stühle dann.

Schultes helf, mei Haus zennet se a,  
die wellet verschieße mein Ma.  
Mei Frau hen se vergewalticht, i mecht's verschieße,  
mueß mr die Trikolore mit Hut abnemme griëße?  
Mein Ma hen se noch Balenge ens Lager gnomme,  
heut Nacht sen Pole ens Haus reikomme.  
Mir hen se die ganze Wohnong verschisse  
on de Ahne de Reng vom Fenger grisse.  
Wie lang mueß no gange ohne Wasser on Strom?  
Em Wald schießet se mit de Maschinepistol rom.  
En de Enz fischet se mit Handgranate,  
on die Panzer machet uff dr Wies an Rieseschade,  
s' Bahnwarthaus hen se azendt - brennt lichterloh.  
On i vermiß seit zwei Tag mein Soh.  
Mei Heuscheuer hen se abbroche, wie vom Erdbode verschwonde,  
beim Nochber hen se a Hogekeuzfahn gfonde,  
sie hen en aus der Wohnung nausgschmisse,  
dürfet die des, des möcht i bloß wisse?

Wo ist le Maire? schreib Liste für Kommandant.  
Wer war Soldat, Offizier, oder Adjutant?  
Wie lang Soldat, wo, bei welche Truppe?  
Bei SS oder andre gfährliche Gruppe?  
Wer war bei Partei, SA, in welchem Rang?  
Frauenschaft, NSV, Jungvolk - und wie lang?  
Liste muß an jeder Haustür sein, wer wohnt, wie alt, wer lebt allein?  
Wieviel Häuser, Zimmer und Betten?  
Wieviel Küche, Bad und Toiletten?  
Wer lebt hier von andere Zone?  
Woher, wie lang reicht Ratione?  
Wieviel Fabriken, Leut - und was produziert?  
Wer spricht französisch, englisch, wer hat studiert?  
Wieviel Küh, Has und Hühner im Stall?  
Wieviel Raum in Schul und auch Turnhall?  
Wer ist Bäcker, Metzger, wer verkauft Lebensmittel?  
Wer war Chef, wo, und welcher Titel?  
Wer ist Flüchtling, woher, wer deportiert?  
Wieviel Schad an Häuser, wieviel bombardiert?  
Wieviel Soldat sind noch fort?  
Wieviel Auto, Pferd, Ochs für Transport?

Herr Bürgermeister, mir hen nix me z'esse,  
s'letscht Brot hen mr vorgeschtern gesse.  
I brauch Milch für mei kleis Kend.  
Mir hen kei Holz, Kohl, nix wo mr azend.  
Mehl, Zucker, Butter gibt's des nemme?  
Au mit Essich on Salz sen mr en de Klemme.  
Schuldes, mir Bäck hen für morge koi Gramm Mehl,

s'letscht hen mr abebe uff Befehl,  
au hen mr koi Holz on Kohle zom Backe,  
wie sollet mir aus nix Schenkewurst mache?  
Koi Gmües, koi Kraut, net amol Kolrabe,  
em Juni ka mr doch no net Kartoffel grabe.  
Koi Papier, koi Stoff, koi Leder zum Sohle,  
beim Großhändler en Pforze kon i's nemme hole.  
Koi Ziegel, koi Blech, koi Glas,  
koi Seif, koi Zahnpasta, was hen mr denn, was?  
Koin Straps, koin BH, koin Gommizug.  
Wenn fährt denn's'erscht mol widder an Eisebahzug?  
D'Kender hen koi Schuel, so ka des net bleibe,  
die verlernet s'lese, rechne on schreibe.  
I han koi Gschäft me, d'Maschene hen se fort,  
d'Verei sen verbotte, wo treibt mr Sport?

Das Gouvernemant Francais an Bürgermeister Geyer.  
Wir befehlen dir, wir als Befreier.  
Wir brauchen 150 Bettgestell, Matratzen und Decken,  
Du muß auftreiben alles in deinem Flecken.  
Soldaten müssen schlafen in deiner Schul,  
brauchen noch Schränk, Tisch und Stuhl.  
Bis morgen früh wir brauchen Fleisch vom Huhn,  
30 Kilo von Deiner Commun.  
Vor Weihnacht, morgen abend, 16 Uhr Hasenfleisch,  
60 Kilo, nicht von alten, zarte, weisch?  
Eier müssen haben 80 Stück,  
auch 60 Fahrräder, schlechte Radio wir geben zurück.  
Von jeder Famil Anzug, Hemd und Taschentuch, absolut,  
Unterhose, Krawatt, Socken und Hut,  
für unser Soldat für Essen Fleisch und Wurst,  
Wein zu trinken für den Durst.  
Gemüse 300 Kilo für die Woch  
und 8 Zentner Obst - aber doch!  
Von jeder Fabrik die neue Maschin  
und alle Auto - groß und klein Limousin.  
Vom Wald der Commun 2000 fm Holz,  
ich weiß, Wald euer ganzer Stolz.  
Wir brauchen Särg für gefallen französisch Soldat,  
stellt Blumen auf Franzosengrab akkurat.  
20 Gräber in Euer Friedhof drinnen graben,  
grabts wieder aus - wollen's in Frankreich haben.

Bürgermeister schreibt Brief und stellt Fragen.  
Wer zahlt Miete für Häuser, Gaststätten und Zimmer?  
Wer zahlt Lohn für Personal, das arbeitet noch immer?  
Wer kommt auf, für das, was gestohlen?  
Woher sollen wir Lebensmittel für die Bevölkerung holen?

Wohin sollen die Evakuierten zurück?  
Wie lang sind die Häuser belegt? Wieviel Stück?  
Wann wird unsere Schule wieder frei?  
Tote durch Besatzung sind's jetzt drei.  
Wer zahlt in beschlagnahmten Häusern Wasser und Strom?  
Wer bezahlt Zimmer und Unkosten unsrer Gastronom?  
Wie lang ist unsere Turnhalle noch besetzt?  
Was, wenn sich jemand bei dem Umbau verletzt?  
Wer gibt uns zurück das aus der Gemeindekaß geraubte Geld?  
Kann es so etwas geben auf dieser Welt?  
Was ist, wenn unsere Wälder kahlgeschlagen sind?  
Ich habe nicht jeden Tag Milch für jedes Kind.  
Was sag ich vergewaltigten Frauen?  
Darf ich ein abgebranntes Haus wieder aufbauen?

Unsere Straßen sind von Panzern ramponiert,  
in keiner Fabrik wird irgendwas produziert.  
Maschinen hat man beschlagnahmt und weggenommen.  
Gestern sind aus dem Lager Flüchtlinge angekommen.  
Was ist mit raubenden Polen, wer schützt uns davor?  
Steht eigentlich eine neue Inflation bevor?  
140 Besatzer verlangen pro Woche von uns zusätzlich Essen,  
soviel wie 1400 Höfener, die haben nichts zu fressen!  
Noch niemand hat Kartoffeln für den Winter.  
Schlimme Gerüchte! Was steckt dahinter?  
Warum dürfen Evakuierte nicht in der Zone bleiben,  
wieviel Listen und Tabellen muß ich noch schreiben?  
Wie soll ich Kartoffeln von Horb nach Höfen bringen?  
Warum muß ich um jeden Passierschein mit dem Gouvernement ringen?  
Wann wird unser Lehrer wieder eingesetzt?  
Was mach ich, wenn einer Leute bei den Franzosen verpetzt?  
Herr Bürgermeister, wann endlich bekomme ich Miete?  
Drei Jahr ist mein Haus belegt, wo in welchem Gebiete,  
hat es so was je gegeben, und ich muß derweil in Notunterkunft leben.  
Mein Haus ist von vielen Mietern total demoliert.  
Offiziere, Schwarze, Schlampen und Holzfäller haben drin logiert.  
Alle Steckdosen, Klodeckel und Lampen sind abmontiert,  
Zimmer, Küche, Bad mit Dreckkrusten verziert!  
Vieles vom Inventar, das von Ihnen aufgenommen,  
ist inzwischen abhanden gekommen.  
Lieber Mann, ich schreib mir die Finger wund,  
jeden Monat Antrag auf Antrag, ein ganzer Bund.  
Wieviel qm, wieviel Fenster, welcher Einheitswert,  
wieviel Öfen, Bäder, Klo, in der Küche was für ein Herd?



Wieviel Strom, wieviel Wasser verbraucht,  
wie sauber, ob das Ofenrohr raucht.  
War der Besitzer in der NS-Partei,  
ist er verantwortlich für irgend eine Schweinerei,  
ist er im Verfahren schon entnazifiziert?  
als Mitläufer oder belastet taxiert?  
Alle Formulare reich in Deutsch und Französisch ein,  
jetzt bin ich am End mit meinem Latein.  
Richten Sie den Antrag an den Kreis.  
Haben Sie dafür einen Beweis?  
Dafür ist zuständig das Ministerium.  
Ich sag Ihnen ein anderes Gremium.  
Das Gouvernement wird Ihnen ganz sicher sagen,  
wer letztendlich soll die Kosten tragen?  
Fragen Sie den Minister Carlo Schmid,  
ob Ihnen so recht geschieht.  
Er fährt nach Paris zu De Gaulle.  
Sie sehen, alles für Ihr Wohl.

Schütz, was machst Du für ein Gesicht? sei netter,  
Du machst eins hin, wie drei Tag Regenwetter.  
Ich bin seit heute entnazifiziert,  
bin mitgelaufen, drei Stufen zurückdezimiert,  
auch die Emma hats noch erwischt.  
Ich glaub, der Sinn für Gerechtigkeit erlischt.  
Herr Bürgermeister, woher kommt was zu essen?  
Haben Sie das ganz vergessen?  
In Würzbach gibt es Kohlraben,  
natürlich wollen die dafür was haben.  
Krauth u. Co. hat Holz und liefert Latten,  
wir können das in Geld erstatten.  
Die Firma fährt hin und bringt alles her,  
fährt ins Oberland bis an's Schwäbische Meer,  
von Eppingen gelbe und rote Rüben.  
Obst von Oberkirch im Renchtal drüben.  
Mehl vom Calwer Magazin,  
das Auto fährt mit Holzgas statt Benzin.  
Kartoffel von Großlattbach in der andern Zone,  
Milch von Langenbrand ist auch nicht ohne.  
En Breiteberg on Kolbich Kartoffel on Kraut,  
au en Ergezinge on Hochdorf wird mit Holz baut.  
Schuhsohle von Reutlinge gege Holz,  
Salz derf mr em Salzbergwerk hole.  
Käs on Quark vom Allgäu drenne,  
für Bauholz hosch alles kriege kenne.  
Zucker von Waghäusel aus der Zuckerfabrik,  
von de Alb drobe manch's Leinestück.

Schuhcrem on Karresalbe von de Chemie am Rhei,  
on von de Pfalz au Traube on Wei.

Plötzlich: Unser Bürgermeister ist tot.  
Wer hilft uns jetzt aus der Not?  
Die Verzweiflung hat ihn überwunden,  
er hat keinen Ausweg mehr gefunden.  
Wer soll das Höfener Schiff jetzt lenken?  
Die hohen Wellen drohn das Boot zu versenken.  
Kommen wir da noch einmal heraus?  
Wie sieht die Welt wohl in 50 Jahren aus?



Rheinland



Pfalz



Württemberg



Rheinland



Pfalz



Saarland



Württemberg



Saarland



Baden

Briefmarken der Besatzungsmacht (vergrößert dargestellt):  
Ausgabe **Dezember 1945** bis **Januar 1946**. Gültig waren sie **nur** in der französischen Zone.

# Nachkriegszeit mit den Augen eines Kindes gesehen

Renate Ritter - Stammheim

Die Stunde Null war gekommen, sie bescherte großes Chaos. Einige Tage nach Kriegsende „reisten“ meine Eltern zusammen mit meiner Schwester zu Fuß, den Handleiterwagen ziehend - bergab fuhr man - nach Stuttgart, um dort aus dem Zimmer unseres Vaters alles, was sich aufladen ließ, mitzubringen.

Anderntags traten sie die Heimreise wieder an. Bei Ostelsheim befand sich die Grenze zwischen französischem und amerikanischem Sektor. Hatte man zu dieser Zeit keinen gültigen Passierschein, überschritt man die Grenze irgendwo im Wald, immer hoffend, nicht entdeckt zu werden.

Bis sich die Zeit wieder etwas geordnet hatte, hungerten wir Kinder sehr. Das tägliche Schulvesper bestand aus einer Scheibe trockenen Brotes und einem Apfel. Kam man mit überwältigendem Hunger nach Hause, aß man mit Vorliebe kalte Kartoffeln mit der Schale, wofür man jedesmal ordentlich ausgeschimpft wurde, weil die Mutter doch Bratkartoffeln daraus hatte machen wollen.

So war dann die Schulspeisung willkommen. Der fadenziehende Haferflockenbrei mit Rosinen gesüsst, schmeckte, wir konnten uns sattessen. Dies war eine Initiative der Amerikaner, obwohl wir in der französischen Besatzungszone lebten. Für mich persönlich endete dieser Zeitabschnitt mit einer schweren Stomatitis, infolge Mangel-ernährung, in deren Verlauf ich bis auf Haut und Knochen abmagerte.

Mit Ährenlesen, Bucheckern sammeln - Nußersatz - Waldbeeren suchen, sowie dem nach und nach wieder angepflanzten Garten, kam man über die Runden. Meine Mutter ging eines Tages zu Fuß nach Würzbach (zirka 18 km) zum Heidelbeersammeln, um später mit dem vollen Eimer wieder nach Stammheim zu wandern.

Nicht vergessen werde ich die tägliche Milch von den Kühen unserer Tante, für die wir Kinder etwa 5 km zurücklegten, denn es war unsere Aufgabe, die Milch zu holen.

Im Alter von etwa 13 Jahren sah ich zum erstenmal wie eine Banane aussieht und trank den ersten Kakao.

Glücklich schätzen konnte sich, wer aus Amerika „Carepakete“ erhielt. Wir zählten nicht zu diesem Personenkreis.

Menschen, die in Städten wohnten und weder Garten noch Feld anpflanzen konnten, kamen buchstäblich mit ihrer allerletzten Habe auf das Land, um zum Beispiel das Klavier gegen Mehl oder Öl einzutauschen.

Mäntel aus Kleiderspenden der französischen Bevölkerung wärmten uns im Winter. Sie sahen alle gleich aus, waren dunkelblau und keiner störte sich daran, daß ein großer Teil der Einwohner sich damit kleidete. Ich besaß Halbschuhe, die aus allen Nähten platzten, weil sie einige Jahre passen mußten. Der Schuhmacher flickte sie immer wieder liebevoll zusammen. Im Sommer liefen wir barfuß oder in selbstgefertigten, geflochtenen Strohsandalen.

Wolle spann man selbst und verarbeitete sie zu benötigten Kleidungsstücken. Weben, stricken, häkeln waren die Abendbeschäftigung.

Schränke oder Handtücher bekam man aus Armeebeständen zugeteilt. Einer dieser Sperrholzschränke steht heute noch bei uns im Schuppen.

Bei uns in der damaligen Volksschule - heute Hauptschule - hatte ein Lehrer nach dem Krieg in einem Raum vier Schulklassen zu unterrichten. Später waren es noch zwei. Als Folge des Krieges waren Lehrer gefallen, in Gefangen-

schaft geraten oder sollten entnazifiziert werden.

Wann genau die Schule wieder begann, weiß ich nicht mehr.

Das Helfen beim „Ziegelgeben“ am Neubau oder das Sammeln von Kräutern für Tee, ebenso die „Jagd“ nach Kartoffelkäfern und ihren Larven auf den Kartoffeläckern blieben willkommene Abwechslung während des recht dürftigen Schulunterrichts.

Deutsche Geschichte war zu dieser Zeit verpönt. Dafür erkundeten wir sehr gründlich Südamerika und das zog sich über Jahre dahin.

Höhere Schulen kosteten Schulgeld. Auch waren keinerlei Beförderungsmittel vorhanden, oft nicht einmal ein Fahrrad. So kam es, daß Schüler höherer Schulen zu Fuß nach Calw gingen, einfache Strecke zirka 4 km, im Winter oft bei Dunkelheit. Sie passierten bei der Bauknechtkreuzung eine Polizeikontrolle mit Schlagbaum.

Viele Menschen standen 1945 in Stammheim vor den Trümmern ihrer Häuser und der gesamten Habe, sie besaßen nichts mehr.

Sobald es aufgehört hatte zu rauchen, fing man an aufzuräumen. Das hieß: man sortierte Stein für Stein mit den bloßen Händen, klopfte alten Mörtel ab, siebte Schutt und überlegte, was man von alledem für einen Neubau noch verwenden könnte. Baumaterial wurde etwas später zugeteilt und war oft so knapp bemessen, daß zum Beispiel die Ziegel nicht für das ganze Dach reichten.

Fachwerk wurde vorgeschrieben, also schlug man die Tannen im Wald selbst, ließ sie ins Sägewerk bringen und später zum Zimmermann.

Das Fundament wurde mit Pickel und Schaufel ausgegraben, alte Buntsandsteine neu behauen und auf diese Weise das ganze Haus in Handarbeit erstellt. So konnte es vorkommen, daß sich ein Neubau über Jahre hinzog.

In Erwartung der nahenden Währungsreform versuchte mancher, seine ersparten Reichsmark

noch einzubringen. Ein Maurer wurde mit einer Reichsmark (RM) für die Stunde entlohnt und kam oft von weit her.

Wer etwas auf dem Schwarzmarkt zu „verschern“ hatte oder mit Lebensmittel nachhelfen konnte, hatte größere Chancen bei der Beschaffung des Baumaterials.

An eine Erzählung meines Vaters erinnere ich mich noch gut.

Er war auf dem Nachhauseweg und nicht gewillt, die französische Fahne, die gerade gehißt wurde, zu grüßen und dabei seinen Hut abzunehmen.

Also wurde ihm ein französischer Soldat behilflich, indem er meinem Vater nachlief, seinen Hut vom Kopf zerrte und ihn zu Boden warf.

Im Gasthaus „Zum Waldhorn“ in Stammheim war die französische Kommandantur einquartiert. Vor dem Haus erhob sich die Fahnenstange, umfriedet mit einem weißen Zaun und schließlich hatte jeder die Fahne zu grüßen.

Bei jedem Vorübergehen beschleunigte ich meinen Schritt und hatte jedesmal ein ungutes Gefühl in der Magengegend.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß jede Zeit auch positive Aspekte hat, ausgenommen die des Krieges! So wäre der aufgezwungene Lebensstil von damals die alternative Lebensgestaltung von heute. Mit dem Wenigen, das man hatte, ging man sehr sorgfältig um.

Kreativität, aus Not geboren, war der ständige Begleiter und das war gut so.

○○○○○○○○○○○○○○○○○○



*Die Gendarmeriestation in Nagold, Einmündung Burgstraße in die Marktstraße.*

Gouvernement Militaire du Wurtemberg  
 Dét. du Cercle de Calw

No. 1031

## LAISSEZ-PASSER

Le nommé Seeger, Paul né le 31.10.29 à Nagold  
 demeurant à Calw No. de la carte d'identité 3598  
 Profession Enseignant est autorisé à se rendre  
à Stuttgart zone américaine et retour  
 Objet: Vacances d'été  
 Valable jusqu'au 28. Septembre 1946 P. O. le 9.8.1946

autorisé à voyager  
 en chemin de fer.

  
**Le Commandant du Détachement de Gouvernement  
 Militaire du Cercle de Calw**  
 P. O.  
 Le Commissaire Principal de la Sécurité du Cercle de Calw  
*Harine*

©. P. O. 1946

*Der Passierschein für den Lehrer Paul Seeger aus Calw, gültig während der Sommerferien.*

# **Inhaltsübersicht der Jahresschriften von „Einst und heute“ Heft 1 bis 11, 1990 - 2000.**

## **allgemeine Themen:**

**Schwarzwald - Schwarzer Wald? Zum Thema „Baumarten“** (Jochen Löffler)  
Heft 1 / 1990 / Beitrag 2 / Seite 12

**Die frühere Abmarkung der Eigentumsgrenzen** (Erwin Niethammer)  
Heft 2 / 1991 / Beitrag 7 / Seite 45

**Wozu historische Häuserforschung?** (Dr.Hansmartin Ungericht)  
Heft 4 / 1993 / Beitrag 8 / Seite 39

**Eine Freikorpsgruppe im Oberen Wald nach dem I.Weltkrieg** (Fritz Barth)  
Heft 5 / 1994 / Beitrag 1 / Seite 7

**„Verehrungen“ - ein Begriff aus Altwürttemberg** (Paul Rathgeber)  
Heft 5 / 1994 / Beitrag 3 / Seite 16

**Der Name „Feuerbacher“ im Bezirk Calw** (Karl-Ernst Feuerbacher)  
Heft 5 / 1994 / Beitrag 7 / Seite 32

**Herzogliche Jagdhäuser auf der Enz-Nagold-Platte** (Heiner Pabst / G.Blaich)  
Heft 6 / 1995 / Beitrag 7 / Seite 38

**Flüchtlingslos im Hinterland 1914/18** (Jürgen Rauser)  
Heft 7 / 1996 / Beitrag 4 / Seite 19

**„Von Osten scheint die Sonne“ - ein rußlanddeutsches Auswanderergedicht** (Fritz Kalmbach)  
Heft 8 / 1997 / Beitrag 3 / Seite 19

**Der Aufstandsversuch im nördlichen Schwarzwald im Juni 1849** (Hermann Scheurer)  
Heft 9 / 1998 / Beitrag 6 / Seite 29

**Die Justiz in der Besatzungszeit** (Hermann Scheurer)  
Heft 11 / 2000 / Beitrag 7 / Seite 32

## **ortsbezogene Themen:**

### **Altensteig**

**Das Museum in Altensteig** (Marianne Pancratz)  
Heft 1 / 1990 / Beitrag 8 / Seite 47

**Die Nonnenwiese auf Markung Altensteig: Fundplatz der späten Altsteinzeit und der Mittleren Steinzeit** (E.Schallmayer, Karl Banghard j. und Marianne Pancratz)  
Heft 3 / 1992 / Beitrag 7 / Seite 38

**Die Kohlsägmühle im Zinsbachtal bei Altensteig** (Marianne Pancratz)  
Heft 4 / 1993 / Beitrag 10 / Seite 44

**Die Jahre 1848/49 in Altensteig und Berneck** (Fritz Kalmbach)  
Heft 9 / 1998 / Beitrag 2 / Seite 10

## **Althengstett**

**Die Althengstetter Pfarrtafel 1559-1668** (Gertrud Flik)  
Heft 4 / 1993 / Beitrag 5 / Seite 27

## **Bad Herrenalb**

**Alba Dominorum-Kloster Herrenalb. Einige Begebenheiten** (K.Rimmelspacher)  
Heft 6 / 1995 / Beitrag 1 / Seite 7

## **Bad Liebenzell**

**Ein kriegerisches Vorkommnis in Liebenzell 1796** (Friedrich Zeeb)

Heft 4 / 1993 / Beitrag 4 / Seite 25

**Wie das Kirchspiel Liebenzell das Kriegsende 1945 erlebte** (F.Hölzel / Friedrich Zeeb)

Heft 5 / 1994 / Beitrag 2 / Seite 10

## **Bad Wildbad**

**Der schiefe Turm der Herrschaftskirche zu Wildbad** (Bernhard Dengler)

Heft 1 / 1990 / Beitrag 4 / Seite 20

**Eine württembergische „Wildbaads-Beschreibung“ von 1667** (Bernhard Dengler)

Heft 4 / 1993 / Beitrag 1 / Seite 7

**Wildbad - eine Hochburg der Wismutmalerei im 16.Jahrhundert** (Fritz Barth)

Heft 8 / 1997 / Beitrag 8 / Seite 45

**Wenig revolutionäre Begeisterung in Wildbad** (Jürgen Rauser)

Heft 9 / 1998 / Beitrag 9 / Seite 46

## **Berneck**

**Die Jahre 1848/49 in Altensteig und Berneck** (Fritz Kalmbach)

Heft 9 / 1998 / Beitrag 2 / Seite 10

## **Beihingen**

**Beihingen erfüllt sich einen Wunsch: Ein Heimatmuseum entsteht** (M.Dressel)

Heft 8 / 1997 / Beitrag 6 / Seite 36

## **Calmbach**

**Die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Calmbach** (Fritz Barth)

Heft 3 / 1992 / Beitrag 1 / Seite 7

**Ein Beispiel von Mut in der NS-Zeit** (Fritz Barth)

Heft 7 / 1996 / Beitrag 3 / Seite 17

**Vor 200 Jahren: Die Rettung von Calmbach und der Aufenthalt der Lichtentaler Nonnen in Calmbach** (Fritz Barth)

Heft 8 / 1997 / Beitrag 1 / Seite 7

**Entnazifizierung** (Fritz Barth)

Heft 11 / 2000 / Beitrag 6 / Seite 29

## **Calw**

**Johann Georg Dörtenbach und Calw als Industriestadt, 2.H.19.Jh.** (Paul Rathgeber)

Heft 1 / 1990 / Beitrag 6 / Seite 35

**Die Ereignisse in Calw und Nagold beim Juniaufstand 1849** (Hermann Scheurer)

Heft 2 / 1991 / Beitrag 5 / Seite 31

**Die allgemeine Lage im Kreis Calw Ende 1945** (Hermann Scheurer)

Heft 6 / 1995 / Beitrag 5 / Seite 26

**Die Revolution im Bezirk Calw - ein Überblick** (Hermann Scheurer)

Heft 9 / 1998 / Beitrag 1 / Seite 7

**Die Ereignisse in Calw im Mai und Juni 1849** (Paul Rathgeber)

Heft 9 / 1998 / Beitrag 7 / Seite 35

**Der Kreis Calw in der Besatzungszeit 1945 - 1949** (Hermann Scheurer)  
Heft 11 / 2000 / Beiträge 1 - 2 / Seiten 7 bis 14

## **Enzklösterle**

**Die Enztalbahn - ein Jahrhunderttraum für Enzklösterle** (Gerhard Mayer)  
Heft 8 / 1997 / Beitrag 7 / Seite 41

## **Eyachtal**

**Säge- und Mahlmühlen im Eyachtal** (Emil Göltenboth)  
Heft 2 / 1991 / Beitrag 9 / Seite 7

**Die (Aus-) Nutzung des Eyachtales** (Hans Geiler)  
Heft 7 / 1996 / Beitrag 1 / Seite 7

## **Gechingen**

**Frühe urkundliche Hinweise auf Gechingen und Nachbarorte** (K.Heinz Schorpp)  
Heft 1 / 1990 / Beitrag 1 / Seite 7

**Die Gechinger Martinskirche** (Fritz Roller)  
Heft 2 / 1991 / Beitrag 4 / Seite 25

**Gechinger Familiensiegel** (Fritz Roller)  
Heft 3 / 1992 / Beitrag 4 / Seite 23

**Der „Franzosenfeiertag“ in Gechingen und Umgebung** (Fritz Roller)  
Heft 5 / 1994 / Beitrag 5 / Seite 25

**Die Gechinger Auswanderung im 18. und 19.Jahrhundert** (Fritz Roller)  
Heft 6 / 1995 / Beitrag 3 / Seite 16

**Gechingen einst - in schriftloser Vorzeit** (Karl-Heinz Schorpp)  
Heft 7 / 1996 / Beitrag 6 / Seite 30

**Die Geschichte der Gechinger Feuerwehr** (Fritz Roller)  
Heft 8 / 1997 / Beitrag 2 / Seite 13

**Der „Franzosenfeiertag“ im März 1848 in Gechingen** (Fritz Roller)  
Heft 9 / 1998 / Beitrag 5 / Seite 27

**Die Nachkriegszeit 1945 - 1949 in Gechingen** (Fritz Roller)  
Heft 11 / 2000 / Beitrag 4 / Seite 18

## **Gültlingen**

**Die Gültlinger Tracht, Teil II** (Felix Schweitzer)  
Heft 3 / 1992 / Beitrag 5 / Seite 28

**Gültlinger Anekdoten** (Felix Schweitzer)  
Heft 4 / 1993 / Beitrag 6 / Seite 31

## **Höfen**

**Höfener Wirtshäuser in Vergangenheit und Gegenwart** (Kurt Neuweiler)  
Heft 7 / 1996 / Beitrag 2 / Seite 13

**Schultes en Höfe - enere schwere Zeit** (Kurt Neuweiler)  
Heft 11 / 2000 / Beitrag 8 / Seite 37

## **Igelsloch**

**Zum Absturz eines RAF-Bombers bei Igelsloch, 27.4.1944** (Ernst Güse)  
Heft 4 / 1993 / Beitrag 2 / Seite 12



## Langenbrand

**Die Waldweide in Langenbrand im Fleckenbuch von 1741** (Emil Göltenboth)

Heft 1 / 1990 / Beitrag 3 / Seite 16

**Die Ulrichskirche in Langenbrand 1793-1993** (Dr.Theo Kiefner)

Heft 4 / 1993 / Beitrag 3 / Seite 17

## Nagold

**Körperbau, Charakter, Krankheiten der Nagolder Oberamtsbevölkerung um 1860** (Dr.Karl Schöpf)

Heft 1 / 1990 / Beitrag 7 / Seite 41

**Die Ereignisse in Calw und Nagold beim Juniaufstand 1849** (Hermann Scheurer)

Heft 2 / 1991 / Beitrag 5 / Seite 31

**Joh.Gg.Freihofer, Dekan und Ehrenbürger von Nagold 1806 - 77** (Dr.Theo Kiefner)

Heft 2 / 1991 / Beitrag 6 / Seite 38

**Ein Geheimbericht über das Oberamt Nagold vom Jahr 1923** (Hermann Scheurer)

Heft 4 / 1993 / Beitrag 9 / Seite 41

**Die Hochwasserkatastrophe von 1851 im Nagoldtal** (Hermann Scheurer)

Heft 5 / 1994 / Beitrag 6 / Seite 28

**Kriegsgefangenschicksale in Nagold, April 1945** (Hermann Scheurer)

Heft 7 / 1996 / Beitrag 7 / Seite 37

**Vor 50 Jahren: Die erste Wahl der Kreisversammlung nach dem Krieg und deren erste Sitzung** (Hermann Scheurer)

Heft 8 / 1997 / Beitrag 4 / Seite 28

**Die Nagolder „Exzesse“ im Mai 1848** (Hermann Scheurer)

Heft 9 / 1998 / Beitrag 3 / Seite 15

**Naturkatastrophen im Nagoldtal in Vergangenheit und Gegenwart** (Hermann Scheurer)

Heft 10 / 1999 / verschiedene Beiträge

## Neubulach - Wöllhausen

**„Wöllhausen“ - ein Irrtum der Oberamtsbeschreibung** (Fritz Mutterer)

Heft 7 / 1996 / Beitrag 5 / Seite 23

## Neuenbürg

**Neuenbürg und das Enztal 1848/49: Auf dem Weg zu mehr Freiheiten für alle** (Hans Geiler)

Heft 9 / 1998 / Beitrag 10 / Seite 50

## Neuweiler

**Berichte aus Neuweiler** (Hans Schabert)

Heft 11 / 2000 / Beitrag 3 / Seite 15

## Oberkollwangen

**Eine antirevolutionäre Initiative in Oberkollwangen u.U. 1849** (Jürgen Rauser)

Heft 9 / 1998 / Beitrag 8 / Seite 43

## Ostelsheim

**Lichtkarz und Sonntagsheiligung in Ostelsheim** (Johanna Schneider)

Heft 3 / 1992 / Beitrag 3 / Seite 18

## Rohrdorf

**Bericht eines Amerika-Auswanderers über seine Kindheit in Rohrdorf** (Emil Bürkle)

Heft 3 / 1992 / Beitrag 6 / Seite 34

**Auf den Spuren der Johanniter: Fünf Rohrdorfer Komture** (Alfred Bott)

Heft 6 / 1995 / Beitrag 6 / Seite 31

**Die Rohrdorfer Armut (19.Jh.) und die Entstehung von Fabriken** (Alfred Bott)

Heft 7 / 1996 / Beitrag 8 / Seite 41

### **Schömberg**

**Der „Römerweg“ war kein Weg der Römer** (Ernst Güse)

Heft 2 / 1991 / Beitrag 2 / Seite 13

**Schömberg im Jahre 1608 nach der Liebenzeller Forstkarte** (Ernst Güse)

Heft 6 / 1995 / Beitrag 2 / Seite 11

### **Simmersfeld**

**Aus der Chronik von Pfarrer Schmoller über Simmersfeld** (E.Waidelich)

Heft 3 / 1992 / Beitrag 8 / Seite 42

**Körperbau, Tracht und Nahrung der Simmersfelder 1821** (E. Waidelich)

Heft 5 / 1994 / Beitrag 8 / Seite 34

### **Simmozheim**

**Der Simmozheimer Häfner J.G. Dompert 1788-1853** (Karl Baral)

Heft 2 / 1991 / Beitrag 3 / Seite 16

### **Stammheim**

**Stammheim nach der Zerstörung** (Horst Roller)

Heft 11 / 2000 / Beitrag 5 / Seite 22

**Die Nachkriegszeit mit den Augen eines Kindes gesehen** (Renate Ritter)

Heft 11 / 2000 / Beitrag 9 / Seite 43

### **Sulz am Eck**

**Zum 500-jährigen Jubiläum der Michaelskirche zu Sulz am Eck** (Dr.J. Klauf)

Heft 6 / 1995 / Beitrag 4 / Seite 21

### **Unterschwandorf**

**Die Synagoge von Unterschwandorf** (Manfred Steck)

Heft 2 / 1991 / Beitrag 8 / Seite 48

### **Walddorf**

**Die Kirche in Walddorf** (Alfred Bott)

Heft 8 / 1997 / Beitrag 5 / Seite 32

### **Wildberg**

**Die Unruhen in Wildberg im Revolutionsjahr 1848** (Hermann Scheurer)

Heft 1 / 1990 / Beitrag 5 / Seite 29

**Die Unruhen in Wildberg im April/Mai 1848** (Hermann Scheurer)

Heft 9 / 1998 / Beitrag 4 / Seite 22

### **Wimberg**

**Zur Besiedlung und Geschichte des Wimbergs ob Calw** (Paul Rathgeber)

Heft 3 / 1992 / Beitrag 2 / Seite 14

### **Zavelstein**

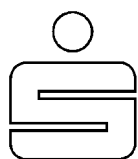
**Die Restaurierung des Zugangs zur Burg Zavelstein** (Dr.Klaus Pichler)

Heft 4 / 1993 / Beitrag 7 / Seite 34

**Der Zavelsteiner Krokus - Legende und Wirklichkeit** (Ulrich Griesau)

Heft 5 / 1994 / Beitrag 4 / Seite 21





Mit freundlicher Unterstützung der Kreissparkasse Calw